

Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Pfeiffer, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Ringstraße 3. — Fernsprechnummer 1111. Für Inserate 1567. Für die Redaktion 1794. Für den Verlag u. die Druckerei 981. Postzeitung, 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Bei den Postanstalten viertel, 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. ohne Befreiung. Einzelheft 30 Pf. — Anzeigengebühr: die gewöhnliche Normalzeile 1.00 Mk. im Restantell. Zeile 3.50 Mk. Vereinstatuten Seite 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 5256 Berlin.

Nr. 180.

Magdeburg, Mittwoch den 4. August 1920.

31. Jahrgang.

Serfulesarbeit.

In diesen Zeiten, da sich zwei Welten scheiden, sind den arbeitenden Klassen gewaltige Aufgaben zugewiesen. Es wird der letzten Kraft und all unserer Vernunft bedürfen, um auch nur einen Teil dessen zu lösen, was uns aufgetragen ist. Um nun Einiges herauszugreifen: Wir sollen den Übergang finden von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaftsweise, sollen international sein und dennoch national, sollen blutige Auseinandersetzungen zwischen den Völkern verhindern, wo die Welt voller Kriegshitze ist, sollen für den Völkerfrieden und für die Völkerveröhnung arbeiten, wo sich die Kriegsberhetzen und Imperialisten aller Länder geschickt in die Hände arbeiten, durch wirtschaftliche Erpressungen selbst das Proletariat der verschiedenen Staaten mit Haß gegen andre Nationen erfüllen.

Das Ganze eine Serfulesarbeit, die ohne Vorgang in der Geschichte der Menschheit ist. Und bei alledem müssen wir noch großen Schichten des Proletariats den richtigen Weg zum gemeinsamen Ziele weisen, müssen gegen schmerzlichen Unverständnis in den eignen Reihen kämpfen, die zerklüftet und zersplittert sind.

Und dennoch dürfen wir nicht mutlos die Hände in den Schoß legen! Zu groß ist der Preis, zu groß die Verantwortung vor den kommenden Geschlechtern und der Menschheit.

Niemals hat sich der Wahnsinn der kapitalistischen Gesellschaftsordnung deutlicher gezeigt als in unsern Tagen. Ihrer Weisheit letzter Schluß war Krieg, Mord, Hunger und grauenerregende Zerstörung alles dessen, was wir bis jetzt als Kultur bezeichnet haben. Und niemals hat der Sozialismus größere moralische Eroberungen gemacht, als heute, wo er am fernsten zu liegen scheint. Eben, da er verwirklicht werden soll, schreibt ein Skautsky am Abend seines Lebens, daß der Weg in die sozialistische Zukunft nur über den neu errichteten Kapitalismus führen könne. Mit andern Worten: es gilt zuerst die durch den Krieg vernichtete Volkswirtschaft wieder aufzubauen, um den völligen Zusammenbruch zu verhindern, der das Ende der modernen Arbeiterbewegung und den Rückfall in Zeiten nach dem Dreißigjährigen Kriege bedeuten würde.

Bei diesem Aufbau wachsen naturgemäß dem reaktionären Bürgertum neue Kräfte, denen wir nur die Stirn bieten können, wenn wir den Bataillonen der

Hand- und Kopfarbeiter doppelte Stärke geben durch Wissen, Bildung und körperliche Gesundheit. Und dies ohne Diktatur, auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Menschen, der Demokratie, ohne die wir die Pfad der Gewalt wandeln und die Straße zu einer bessern Weltordnung verjücken. Gleichzeitig pocht aber an unsre Tore diese „Diktatur“ des Proletariats und lockt verführerisch, wenn nicht Minderheiten und Budapest warnende Signale geben würden, wenn nicht die deutsche Arbeiterklasse eine andre als die russische und Elberfeld-Barmen nicht etwas anders als Michailow-Nowgorod wäre.

International sollen wir sein und dennoch national, weil wir wissen, daß wir erst dann zur wahren Internationalität und Völkerveröhnung gelangen, wenn wir das eigne Volk und den eignen Staat und damit auch das eigne Proletariat erhalten und gesund lassen, damit alle Kräfte und die besondern Fähigkeiten, die jedes Volk besitzt, bis zur höchsten Vollendung gedeihen und der hieraus geschöpfte Beitrag zum Wohle aller Nationen ausgetauscht werden kann. National, indem wir, soweit es möglich, für die Einheit aller derer eintreten, die eine gemeinsame Muttersprache reden. Unterdrückte Volksminderheiten erzeugen stets Haß und Feindschaft zwischen den Völkern und sind ein dauerndes Element des Zwistes. Der Danziger Korridor, das Saargebiet und die Rheinlande sind die besten Beispiele.

Dabei gab uns gerade die vergangene Woche zwei deutliche Beweise, wie oft heute die wirtschaftlichen und politischen Interessen des Proletariats

der verschiedenen Länder auseinandergehen.

In Spa protestierten die deutschen Bergarbeiter gegen die hohen Kohlenforderungen. Die französischen Arbeiter verlangen sie. Ohne die Vorkaufszahlungen Frankreichs wäre das Abkommen gescheitert, denn ohne diesen Kredit gibt es keine Lebensmittel für die Bergarbeiter, die dringend besserer Nahrung bedürfen, wenn sie die Kohle fördern sollen. In der französischen Kammer jedoch wird Millerand von den Sozialisten wegen dieses Vorkaufszusses an-

gegriffen, weil er die Kohle und dadurch die Lebenshaltung des französischen Arbeiters verteuert und verschlechtert und die Steuerlast vergrößert. Ein zweites! In Danzig soll englische Munition für Polen verladen werden. Deutsche Transportarbeiter verweigern den Dienst. Die polnischen Arbeiter aber kämpfen für ihre Heimat und sperren Danzig die Zufuhr von Lebensmitteln.

So häufen sich die Schwierigkeiten berges. Mit Recht sagte der englische Genosse Shaw, als er am letzten Sonntagabend den internationalen Kongreß in Genf eröffnete: Wir können hier keine allgemein gültige Schablone ausarbeiten und festlegen. Jede sozialistische Partei muß ihre Kämpfe um den Sozialismus nach den Verhältnissen des eignen Landes gestalten.

Aus der Zeit der Propaganda ist seit 1914 die Sozialdemokratie in die gereiften Jahre der Tat eingetreten. Trotz aller Schwierigkeiten verzagen wir nicht und gehen risikofroh ans Werk. Denn mit uns sind die Mühseligen und Beladenen der ganzen Erde. Neben den wirtschaftlichen Verhältnissen wird uns besonders das Maß des Wissens und der Erkenntnis, die den arbeitenden Klassen eigen sind, vorwärts bringen oder zurücktreiben. Deshalb lehre jeder in seinem Kreis und veräume keine Stunde. Es fällt kein Wunderbrot mehr vom Himmel, und wenn es einmal Manna geregnet haben sollte, ist es sicherlich vorher auf den Himmelswiesen gesät und gepflanzt worden.

Der Internationale Kongreß.

Dem Kongreß von Genf ist von der zuständigen Kommission eine überaus bedeutungsvolle Resolution zum Frieden von Versailles und zum Völkerbund überhaupt unterbreitet worden. Die Resolution, die wir im Wortlaut wiedergeben, übt eine in der Form mäßige, im Kern aber scharfe Kritik am Völkerbund wie auch am Vertrag von Versailles. Die von uns gestern im Anszug wiedergegebene Resolution über die Schuldfrage ist an die Kommission zurückverwiesen worden, da von deutscher Seite Einwendungen dagegen erhoben wurden.

Die Resolution über den Völkerbund hat folgenden Wortlaut:

Der Internationale sozialistische Kongreß stellt fest: Daß der Vertrag von Versailles und die Verträge, die ihm gefolgt sind, die Welt in dem Zustand der Unsicherheit und der Zerrissenheit belassen, in einem viel beunruhigenderen Zustand, als der vor dem Kriege von 1914 war; dieser Zustand führt zum Weiterbestand und zum Wachstum des Militarismus mit all den Gefahren eines Krieges, die damit zusammenhängen. Der Friedensvertrag hat eine Organisation des Völkerbundes geschaffen, die die arbeitenden Massen im Interesse des Friedens nicht mit Feindseligkeit und Gleichgültigkeit behandeln können. Aber sie haben die Verpflichtung, das Ungenügen und die Fehler dieses Völkerbundes darzustellen, deren verdamnungswürdiger die durch Artikel 18 des Vertrags erfolgte Anerkennung des Rechtes auf Krieg ist. — Der Völkerbund kann nur eine tatsächliche Sicherung des Friedens sein, wenn er zu einem internationalen demokratischen Organismus wird, der alle Völker ohne jede Ausnahme und in dem Maße zusammenfaßt, als sie sich dank ihrer demokratischen Verfassung als fähig erweisen, eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, wie bereits vom Luzerner Kongreß festgelegt wurde, und wenn er die Mittel der Kontrolle und der Sicherung hat, die ihm ermöglichen werden, durch die Schaffung einer internationalen Polizei die allgemeine Entwaffnung aller Völker zu Lande und zu Meere durchzusetzen; es genügt nicht, daß der Völkerbund eine demokratische Verfassung hat, vor allem durch die Wahl des ausführenden Rates im Schoße der Versammlung aller Delegierten. Es ist außerdem zu wünschen, die Ausdehnung seiner Befugnisse hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe, der Transportmittel und auch der finanziellen Kriegskosten, die nicht ohne Ungerechtigkeit zum größten Teile zur Last der Nationen verbleiben kann, die am meisten unter der Geißel des Krieges gelitten haben. Der Völkerbund wird so vervollständigt und verbessert das natürliche Werkzeug abzugeben für die notwendige Umwandlung des Friedens von Versailles in einen gerechten und dauerhaften Frieden. Festhaltend am Grundsatz der Wiedergutmachung wird er seine gerechte Anordnung ermöglichen, in der Art, daß den Völkern Mitteleuropas die Mittel gegeben werden, sich im gemeinsamen Interesse der Welt wieder zu erholen, er wird die Landesgrenzen, die durch den Vertrag willkürlich festgesetzt sind, durch Grenzen ersetzen, die den frei ausgesprochenen Wünschen der Völker entsprechen.

Der Internationale Sozialistenkongreß fordert daher die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder auf, alle ihre Anstrengungen darauf zu richten, ihren Delegierten in die gegenwärtigen Organisationen des Völkerbundes Eingang zu verschaffen, um auf diese Weise seine innere Zusammensetzung zu ändern und seine Befugnisse zu erweitern, um die Garantie zu

schaffen, für die Sicherheit und die gute Uebereinstimmung aller Völker, die gleichmäßig an der Erhaltung des Friedens interessiert sind. In einem so gesicherten Friedenszustand wird das ganze Weltproletariat, befreit vom Spud des Krieges und von der Geißel der Rüstungen, seine Anstrengungen für seine vollständige Befreiung bis zum endgültigen Siege fortsetzen können.

Die Wenarsigung am Montag beschäftigte sich mit der Mandatprüfung.

Festgestellt wurde, daß sechzehn Länder durch 120 Delegierte vertreten sind. Der Berichterstatter der Mandatprüfungskommission beantragte die Klaffung der französischen Mandate, da die Kommission zu der Ansicht gekommen sei, daß die neu gegründete französische sozialistische Partei, als deren Vertreter Dujour, Aubriot usw. zum Kongreß gekommen seien, niemand hinter sich habe. Kuzmans wandte dagegen ein, daß die französischen Delegierten zweifellos eine gewisse Richtung im französischen Sozialismus repräsentieren, und wie er früher gegen den Ausschluß der ändersten Linken protestiert habe, so müsse er heute auch gegen den Ausschluß einer mehr rechts gerichteten Partei Stellung nehmen. Grenier betonte, er und seine Kameraden, von denen einige zu den Mitbegründern der Internationale gehörten, erhoben durchaus nicht den Anspruch, die ganze sozialistische Bewegung Frankreichs zu vertreten, aber sie hätten Tausende von Anhängern hinter sich, und der Antrag Kuzmans, ihnen von der auf Frankreich entfallenden 24 Stimmen drei Stimmen zuzuerkennen, sei nicht mehr als gerecht. In diesem Sinne beschloß der Kongreß denn auch in einer Abstimmung, die nach Ländern vorgenommen wurde, da die Stimmenzahl der einzelnen Länder noch nicht feststeht, mit sieben Stimmen gegen fünf Stimmen und zwei Stimmenthaltungen die Anerkennung der Mandate. Mit der Minderheit stimmten u. a. auch England und Polen, während für Deutschland Eduard Bernstein erklärte, er wolle sich in Anbetracht des besonderen Falles der Abstimmung enthalten.

Ein erregtes Wortspiel zu der unermesslichen Debatte über den Bolschewismus gab es um die Frage der Anerkennung des Mandats von Mexiko, der als Vertreter der Mechaniker-Gruppe zum Kongreß gekommen ist. Der Sozialrevolutionär Rubanowitsch, der erklärte, nur zu Informationszwecken am Kongreß teilzunehmen, kämpfte in einer leidenschaftlichen Rede gegen die Zulassung Mexikos, den er als Partei-näher Kollisions bezeichnete. Es hieß die Toleranz zu weit treiben, wenn man auch die Anhänger einer Militärdiktatur in die Zweite Internationale einbeziehen wolle. Der Kongreß beschloß schließlich, Mexiko nicht anzuerkennen.

Die Anerkennung der französischen Mandate ist tief bedauerlich. Sie wird die notwendige Verständigung mit der sozialistischen Partei Frankreichs nur erschweren. Wir können begreifen, daß die deutsche Delegation aus einem gewissen Gefühl des Lattes heraus nicht gegen die Franzosen stimmen wollten. In diesem Falle wäre jedoch etwas weniger mehr gewesen.

Ein Klärungsprozeß.

(Schluß.)

V.

Vor dem Zusammenbruch des Kapitalismus?

Fast alle unabhängigen Blätter sind der Meinung, daß das ganze kapitalistische Wirtschaftssystem vor dem Zusammenbruch stehe und haben es Skautsky höllisch übelgenommen, als er sagte, Wiederaufbau der Produktion bedeute Wiederaufbau der kapitalistischen Produktion.

Da kommt nun das Zentralorgan, die Berliner „Freiheit“, her und sagt in einer Abhandlung über Spa, daß sie nichts dagegen habe, wenn die Wiederaufbau mit dem Wiederaufbau der kapitalistischen Formen vollziehe und vollendet die Rezerei, indem sie sich ganz der Anschauung Skautskys anschließt und sagt:

In dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft ist nicht nur das Kapital interessiert; die Arbeitererschaft weiß, daß sie um so rascher ihr Ziel, die Verwirklichung des Sozialismus erreichen wird, je ungezügelter die kapitalistische Produktion sich entwickelt.

Das ist nach unabhängiger Begriffen offener Verrat an den Grundsätzen der Partei. Daß die wirtschaftliche Entwicklung ihre eignen Gesetze hat und die Aufgabe der Menschen es ist, diese Gesetze zu studieren und danach zu handeln, ist jenen Wirtschäften höchst piepe. Sie machen sich ein „Programm“ und wollen durch „Diktatur“ die Wirtschaft nach ihren Wünschen modellieren.

Dabei hat gerade ihr Herr und Meister Lenin erfahren, wie stark die Gesetze der Wirtschaft, wie stark immer noch der kapitalistische Kapitalismus ist. Trotz Diktatur und Terror, trotzdem er glaubte, mit Pech und Schwefel ihn ausgerottet zu haben, muß er Schritt für Schritt vor ihm zurückweichen und auf allen entscheidenden Gebieten ihm Konzessionen machen. Das Land ist Privateigentum der Bauern, er ist bereit, Wälder, Bergwerke und Eisenbahnen kapitalistischen Konzernen zu überlassen. Er muß in Verwaltung des

Staat und der Fabriken zu Formen zurückzuführen, die im hochkapitalistischen Westen überwunden sind.

Wir wissen nicht, was aus Rußland wird; was aber jetzt in Rußland ist, das ist kein Sozialismus. Darum können wir den Spuren Rußlands nicht folgen und die unabhängigen kommunistischen Schwärmer, die vom völligen Zusammenbruch des Kapitalismus träumen, sind gefährliche Schwärmer, weil sie Illusionen in den Massen erzeugen.

VI.

Es ist schon alles einmal dagewesen!

Die Irrungen und Wirrungen, genannt „revolutionäre, konsequente Politik“, sind damit noch lange nicht zu Ende. Es ist wohl unmöglich, den unabhängigen Anschauungen bis in die letzten Verästelungen zu folgen. Man könnte ob dieser Verwirrung verzweifeln, wäre der Trost nicht: es ist schon alles einmal dagewesen! Vor 80 und 40 Jahren wurden ganz ähnliche Kämpfe innerhalb der Arbeiterschaft ausgefochten, mit den gleichen Argumenten und oft genug ist man überrascht, Nebenwendungen jetzt wieder zu hören, die vor langer, langer Zeit fast wirklich genau gebraucht wurden. Nicht drastisch hat ein alter Parteigenosse in Dortmund einem solchen jungen temperamentvollen Manne gesagt:

Genau denselben Quatsch habe ich vor 25 Jahren auch verapft. Damals, als ich noch so wirrsüchtig gewesen bin, wie mein Vorredner jetzt.

Wir hoffen allerdings, daß die Klärung rascher vor sich geht und haben dazu allen Grund, wenn wir auf die Entwicklung seit der Revolution zurückblicken. Der Glaube an die Allmacht der Diktatur ist im Schwinden und wenn wir uns vor Augen halten, daß die „Leipziger Volkszeitung“ schon zur Ueberzeugung gekommen ist, daß das schöne Leipziger Programm vom vorigen Jahre mit seiner Rätediktatur längst überholt und bodenlos ist, wenn wir sehen, wie skeptisch die russischen Verhältnisse betrachtet werden und wie der Glaube an die nahe Weltrevolution verfliegen ist, wie in gewerkschaftlichen Dingen Ernüchterung eintritt, wie wenig im allgemeinen vom Räte Kongreß erwartet und um wie höher die parlamentarische Tätigkeit eingeschätzt wird, wie die Arbeiter einsehen, daß an einen Sturz des Kapitalismus im Handumdrehen nicht zu denken und wie notwendig die stetige Kleinarbeit ist, um so größer wird die Hoffnung, daß einmal die Zeit der

Befähigung auf den Grundlagen der alten Sozialdemokratie

kommt. Wir wissen, daß wir zum Sozialismus marschieren, zu dem wir nur gelangen, wenn wir die Reime, die der Kapitalismus in sich erzeugt, erkennen und zielbewußt pflegen, wenn wir darauf drängen, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft sozialistische Grundsätze anzuwenden.

Je schneller die Ansichten der Arbeiterschaft darüber sich klären, um so leichter wird es sein, zum Ziele zu gelangen und Widerstände zu brechen. Darum begrüßen wir den Klärungsprozeß, den wir beobachten. Er ist natürlich, denn er vollzieht sich in Köpfen von Menschen, die zum Teil etwas plöblich in die Arbeiterbewegung eingetreten sind. Sie müssen jenen Weg in ihrem Kopfe zurücklegen, den die Arbeiterbewegung als solche gemacht hat. Auch das sozialistische Denken bedarf einer Entwicklung und muß mancherlei innere und äußere Hemmungen und Hindernisse überwinden. Wucherungen und Abwege sind dabei natürliche Erscheinungen, die bekämpft werden müssen. Die Summe der Erfahrungen und der Einzelkenntnisse, welche die Arbeiterschaft im Laufe von 50 Jahren gesammelt hat, haben sich gewaltig vermehrt und müssen innerlich verarbeitet werden. Durch Aneignung von Schlagwörtern lassen sie sich nicht ersetzen. Sie liegen auch nicht immer klar zutage und müssen oft recht mühsam erworben werden.

Die simplifizistischen „Lösungen“ der schwierigsten Probleme, die heute als neueste Weltwahrheiten bejubelt werden, entsprechen zum Teil einer Entwicklungsstufe, die wir längst überwunden glauben. Der Krieg vor allem hat die Arbeiterschaft zu Staat und Gesellschaft in eine Lage gebracht, die mancherlei Gleichartigkeit mit früheren Zeitabschnitten brachte und demgemäß ähnliches Denken erzeugte, zum Teil auch in Köpfen, die ihrer Entwicklung nach jenes Denken überwunden hatten.

Wie oft spürt man solche Rückfälle und manchmal ertappt man sich selbst, ergrünt über die Not und das Elend unserer Tage, auf Gedankengängen, über die man schließlich lächelt. Aber sie erleichtern uns doch das Verstehen jener Naturen, die darüber nicht hinwegkommen. Stetiges Arbeiten an sich selbst ist heute mehr denn je eine Notwendigkeit und ein ausgezeichnetes Mittel ist das Studium der früheren Kämpfe und Streitigkeiten der Arbeiterschaft. „Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß“, gilt auch für die Freiheit des Denkens. Abnehmen kann keiner dem andern das Denken, aber erleichtern und helfen kann man. Das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Sie muß den Phrasenstand halten und ihnen zeigen, wo die Denkfehler liegen. Je gründlicher und hartnäckiger das geschieht, um so schneller kommen wir vorwärts.

Reaktionäre Heeresverminderung.

Als der Rapp-Putz zusammengebrochen war, wurde der Regierung von vielen Seiten nahegelegt, daß es ihr erstes sein müßte, in oder bei Berlin eine republikanisch absolut zuverlässige Truppe aufzustellen, deren Erstes jede Wiederholung des Rapp-Unternehmens von vornherein aussichtslos gestalten würde. Nach langem Zögern entschloß sich der Reichswehrminister Gessler, in Döberitz eine Brigade unter dem Befehl des Generals Reinhard zu formieren, des einzigen Generals, der in der Nacht vom 12. zum 13. März bereit gewesen war, gegen die Meuterer zu kämpfen.

Jetzt verkündet die Regierung in ganz beiläufiger Form die Auflösung dieser Brigade. Natürlich aus den berühmten „technischen Gründen“, die nie fehlen, wo die Reaktion zu einem Streich ausholt. Die von der Entente uns aufgedrängene Heeresverminderung soll die Ursache sein. Es ist merkwürdig, daß das erste Opfer der Heeresverminderung diejenige Truppe sein muß, die als beste Stütze der republikanischen Verfassung gelten kann. Die Heeresverminderung hat nicht ausgeschlossen, daß 2000

Mann der Meutererbrigade Ehrhard und 2500 Mann der ihr an reaktionärer Gesinnung gleichkommenden Marinebrigade Löwenfeld in die Marine eingereiht wurden, also nicht weniger als 4500 Mann gegen revolutionäre Truppen bei einer Gesamtkräfte der Marine von 15 000! Daß der Geist dieser Geistes seit den Putztagen eher schlimmer als besser geworden ist, das beweist ihr Auftreten alle Tage in Kiel wie in Kuzbass. Aber diese gefährliche Gesellschaft muß unbedingt erhalten bleiben, während die Brigade Döberitz lang- und klinglos von der Bildfläche verschwindet.

Im Reichstag hat neulich ein unabhängiger Redner gesagt, unter Gessler wäre es noch zehnmal schlimmer als unter Noske. Das ist zweifellos richtig, da Noske bei allen Fehlern eine Persönlichkeit war, Gessler aber eine absolute Null ist. Trotzdem liest man in denselben unabhängigen Blättern, die früher keinen Tag ohne schmutzige Verschimpfungen Noskes leben konnten, kaum einmal ein Wort des Tadels gegen Gessler. Ein sozialistischer Minister mag den zehnten Teil dessen fehlen, was ein bürgerlicher Minister an seinem Plabe verächtelt, die Unabhängigen werden ihn nichtsdestoweniger mit der zehnfachen Wut verfolgen.

Uns ist es nicht wie den Unabhängigen um Agitationsstoff gegen die Nachbarpartei zu tun, sondern wir verlangen im Interesse der Republik und Demokratie eine in ihrer Gesinnung zuverlässige Wehrmacht. Gessler erscheint uns nach seinen bisherigen Taten als der ungeeignetste Mann, sie zu schaffen. Die Auflösung der Brigade Döberitz, der reaktionäre Entwurf des Reichswehrgesetzes, das sind Dinge, die einen demokratischen Reichswehrminister in einer Republik unmöglich machen sollten. Der Reichstag hat alle Ursache, sich mit dem Falle Gessler eingehend zu beschäftigen.

Polen und Rußland.

Zurzeit noch liegen keine Nachrichten vor von den Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Polen und Rußland. Dagegen verbreitet die Deba folgendes Telegramm:

Der russische Funkpruch meldet, daß Brest-Litowsk von den Russen besetzt wurde. Die Russen haben die Maren-Linie durchbrochen und die Polen bei Kowel auf den Stochod zurückgeworfen. Sie stehen bei Brodow im Kampfe mit großen polnischen Kavalleriemassen, die dort den russischen Vormarsch aufhalten sollen. Hingegen muß der russische Heeresbericht zugeben, daß General Wrangel bei Alexandrowst, dank der englischen Unterstützung, einen großen Erfolg hatte und um 90 Kilometer vorbringen konnte.

Wie die „Times“ aus Warschau melden, haben die englischen, amerikanischen und französischen Gesandtschaften in Warschau ihre Staatsangehörigen aufgefordert, Warschau auf dem schnellsten Wege zu verlassen. Diese Aufforderung der Gesandtschaften hat in Warschauer Kreisen einen sehr peinlichen Eindruck hervorgerufen.

Ferner melden die „Times“ aus Warschau, daß französische Offiziere helfen, Lemberg in Verteilungszustand zu setzen.

Die Namen aus dem russischen Heeresbericht sind unsern Lesern noch von dem Kriege mit Rußland geläufig. Es erscheint danach, daß die Polen außerstande sind, den Vormarsch der Russen aufzuhalten.

Werben um die Sozialdemokratie.

Das Zentrumblatt in Berlin, die „Germania“ erörtert die Möglichkeit eines Wiedereintritts der Sozialdemokratie in die Regierung. Das Zentrum schließt aus den parlamentarischen Vorgängen der letzten Tage, daß sich der Miß zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen vertieft habe, weil die Deutschnationalen rein negieren, während die Volkspartei sich auf den Boden praktischer Arbeit gestellt hat. Die „Germania“ behauptet, daß die Verbindungen der bürgerlichen Regierung bis zu den Unabhängigen hinüber stärker seien als zur Rechten, und schließt daraus, daß der erste kleine Anstoß zu der Verbreiterung der Regierungsbasis gegeben sei, der das Zentrum seit langem das Wort geredet habe. Daß bei den Demokraten und in der Deutschen Volkspartei derselbe Sinn lebt, ist bekannt.

Die Sozialdemokratie hat um so weniger Anlaß, einen Eintritt in die Regierung zu erwägen, als das Parlament in einigen Tagen seine Sommerpause antreten wird, und eine gewisse politische Ruhe eingutreten scheint. Unice Partei beharrt auf dem Standpunkte, den sie der bürgerlichen Regierung vom ersten Tag an erklärt hat. Sie behandelt diese Regierung nach ihren Taten und trifft ihre Entscheidung von Fall zu Fall.

Die Eisenbahnerbefolgung.

Der Hauptausschuß des Reichstags beschäftigte sich mit dem Bericht des Unterausschusses über die Einsetzung der Beamten und die Nachprüfung des Reichsbevollmächtigungs-gesetzes. Der Antrag des Unterausschusses wurde wie folgt angenommen:

Der Reichstag ist damit einverstanden, daß die aus dem Abschluß des Reichslohnvertrags für die Verkehrsarbeiter notwendig werdenden Mittel sowie die sich daraus ergebenden Ausgleichszulagen für die Beamten ausgezahlt werden. Der Reichstag erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, daß bei der eingeleiteten Nachprüfung des Reichsbevollmächtigungs-gesetzes die Folgen aus den Landesbevollmächtigungsordnungen und den im Reich besonders vorgenommenen Einführungen gezogen werden, soweit dies mit dem einheitlichen Aufbau der Reichsbevollmächtigungsordnung vereinbar ist und die sich ergebenden Vorzüge gezahlt werden.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Höfle erklärte, daß er an dem Ultimatum der Eisenbahner nicht mitgewirkt habe. Die „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“ lasse durch ihn erklären, daß, nachdem der Finanzminister auf den Boden der Wünsche der Eisenbahner getreten sei und die beiden andern Verbände das Ultimatum preisgegeben hätten (nach ihrer Erklärung handelte es sich nur um Richtlinien, nicht um ein Ultimatum. Red.), für sie dieses Ultimatum jede Bedeutung verloren habe. Der Finanzminister erklärte, daß für ihn die ledige Angelegenheit erledigt sei.

Der Ausschuß bewilligte ferner 10 Millionen Mark für den Ausbau und die Beforgung von Flüchtlingswohnungen durch das „Rote Kreuz“.

Reichswehr nach Ostpreußen.

Havas meldet: Der Vorsitzende der Deutschen Friedensdelegation Ministerialdirektor Goeppert hat der Friedenskonferenz eine neue Note vorgelegt, in der er mittelst, die deutsche Regierung habe dem Reichskommissar des Bezirks Allenstein die Erlaubnis erteilt, wenn dringende Umstände es nötig machten, Truppen der Reichswehr an die Grenze zu senden, unter Vorbehalt der Entscheidung, die die Alliierten später in dieser Frage treffen könnten.

Der „Temps“ begleitet diese Nachricht mit der Mitteilung, daß die italienischen Truppen, die sich in der Nähe der Grenze befunden hätten, bis zur Stadt Allenstein, entgegen der Ansicht der französischen Vertreter zurückgezogen worden seien. Volksgewaltige Patrouillen hätten sich ebenfalls an der Grenze gezeigt. Unter diesen Bedingungen habe die deutsche Regierung ihrem Kommissar den genannten Befehl gegeben. Die deutschen Truppen würden also später zurückgezogen werden, wenn die Alliierten es fordern. Das Blatt nennt die Entsendung deutscher Truppen, die vielleicht Kontakt mit den russischen Volksgewaltigen nehmen könnten, ein Ereignis, dessen Ernst in die Augen springe.

Ein neuer Militärskandal.

Der sehr verdienstvolle „Republikanische Schutzbund“ in Hannover veröffentlicht in dem dortigen sozialdemokratischen Organ Material über die Dienstentlassung des Unteroffiziers Kruse von der Fernsprechanstalt 110, aus dem wieder einmal die schauerhafte Lage der Soldaten hervorgeht, die in den Rapp-Lagen verfassungstreu geblieben waren. Ueber Kruse, den einstimmig gewählten Vertrauensmann seiner Abteilung, wurde folgendermaßen berichtet:

Brigade-Nachrichten-Abteilung 10.
Betreff: Militärgerichtsbarkeit.

Hannover, den 9. April 1920.
Abteilung tritt unter Bezugnahme auf die Entscheidung der Vertrauensleute des Reichswehr-Gruppen-Kommando II für die Abhaltung der Militärgerichtsbarkeit ein.

Die abweichende Stellungnahme der Vertrauensleute der Fernsprechanstalt 110 ist sicher unter dem Einfluß des Unteroffiziers Kruse entstanden. Dieser ist ein Mann von parteisanalischer Gesinnung, dem das richtige militärische Gefühl fehlt.

geg.: v. Moques, Major und Abteilungsleiter.
Ergänzend sagt der „Republikanische Schutzbund“ zu diesem Schreiben: „Bemerkte sei noch, daß ursprünglich in dem vorliegenden Schreiben gestanden hat, „ein Mann von ehrlicher, aber parteisanalischer...“ Das Wort „ehrlich“ ist nachträglich gestrichen worden. Ein Sergeant, der seinerzeit vom Kriegsgericht Hannover zu 4 Wochen Mittelarrest und ein Gefreiter, der wegen Urkundenfälschung zu 14 Tagen Mittelarrest verurteilt wurden, befinden sich beide noch im Dienste der Abteilung. Kruse, der nicht eine Stunde Strafe während seiner Gesamtstrafzeit von 5 1/2 Jahren erhielt und nur sehr gute Zeugnisse aufzuweisen hat, mußte ausscheiden.“

Oberst Weber.

Die Pressestelle beim Magdeburger Oberpräsidium teilt mit: Die in verschiedenen Zeitungen wiederergebene Meldung, daß der auf Veranlassung des Oberpräsidenten Hörsing zur Disposition gestellte Oberst Weber, Kommandeur der Sicherheitspolizei Gruppe 2 in Erfurt, von der Reichsregierung wieder in sein Amt eingesetzt worden ist, weil sich die vollkommene Haltlosigkeit der gegen ihn erhobenen Angriffe und Beschuldigungen ergeben haben, entspricht nicht den Tatsachen.

Oberst Weber ist aus disziplinären Gründen beurlaubt worden. Die gegen ihn eingeleitete Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, so daß von einer angeblichen Haltlosigkeit der Angriffe keine Rede sein kann, noch viel weniger von einer Wiedereinsetzung in sein Amt seitens der Reichsregierung.

Die beim Oberpräsidium vorstellig gewordene Abordnung der Erfurter Beamenschaft wurde dahin unterrichtet, daß irgendwelche Vertrauenskundgebungen nicht den geringsten Einfluß auf den Gang der Untersuchung eingeräumt werden kann.

Die Mißgeburt der alten Jungfer.

Das offizielle Organ der Liga für die Beigiftung der öffentlichen Meinung, die „anständige, objektive und sachliche“ Zeitschrift hat wieder Luft geschöpft und das Maul aufgetan. Sie ist eben das neue Metier, nicht so gewohnt, wie die Leute von der „Deutschen Zeitung“, vom „Kokal-Anzeiger“ und ihrer neuesten Freundin, den „Leipziger Neuesten Nachrichten“, sonst hätte sie warten brauchen, bis ihr der Stinnes-Kongress wieder — auf die Strümpfe half. Die „Magdeburger Zeitung“ weiß eben noch nicht, wie man eine richtiggehende Gruselgeschichte aufzieht. Aber Geduld, sie wird noch lernen, wie man sich gleich andre Bligen sichert, die von der ersten Bombe etwas preisgeben, um dann um so fetter im Speiekerhörn einzulämmern, daß doch „etwas Wahres“ daran sein müsse.

Die „Magdeburger Zeitung“ pflegt sonderbare journalistische Sitten. Ohne jedes Beweismaterial, ohne nur einen Versuch der Nachprüfung zu machen, veröffentlicht sie Nachrichten, die, wenn sie nicht faulbumm wären, Deutschland innen- und außenpolitisch in die schlimmsten Gefahren bringen könnten, und verlangt dann von den Behörden, daß sie den Unfuh widerlegen sollen.

Nachdem die „Volkstimme“ die Quelle des Schwindels aufgedeckt hatte und nachgewiesen wurde, daß weder Hilferding noch Levi in Memel waren, hätte auch der dümmste Spieker merken müssen, daß er eingeleitet werden sollte. So schöne gruselige Geschichten sind aber zu teuer, als daß sie preisgegeben werden könnten. Da helfen sich die Schwindelblätter eben gegenseitig aus. Das Stinnesblatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, ließ sich darum aus Königsberg berichten:

Zu der Nachricht der „Magdeburger Zeitung“ über ein Abkommen des Volksgewaltigen Joffe mit Führern der deutschen Unabhängigen und Kommunisten in Memel ist festzustellen, daß lediglich eine Unterredung zwischen den bezeichneten Persönlichkeiten in Memel stattgefunden hat. Als Ergebnis der Besprechung ist im Gegenlaß zu der Version der „Magdeburger Zeitung“ durchgesickert, daß von einem Einmarsch bolschewistischer Truppen abgesehen werden solle, da Deutschland ohnehin dem Bolschewismus verfallen sei. — Und die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ bringt eine Mitteilung gleichen Inhalts, die sie ausdrücklich als von Justizminister Stieglitz stammend kennzeichnet.

Das heißt, der ganze schöne Plan mit der Magdeburger Regierungskommission, den ein „Kurier“ nach Magdeburg brachte und von dem eine Abschrift (oder ist's das Original,

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 180.

Magdeburg, Mittwoch den 4. August 1920.

31. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 3. August 1920.

Wohnungsamt und Flüchtlingsvereine.

Der Krieg mit seinen furchtbaren Nachwehen hat für viele tausend Familien noch besonderes Leid gebracht: Es sind die Flüchtlinge und Ausgewanderten aus den besetzten oder annektierten Gebieten im Osten und Westen. Mit Weib und Kindern und den Resten ihres Hausstands irren sie im Reiche herum, hungern in den Wartehäusern, in Baracken, in Massenquartieren; überall unliebste Gäste. Kein Wunder, daß die Leute zum Teil recht verärgert sind, wenn die Behörden der Städte, denen sie vom Reiche zugewiesen werden, sie nicht sofort oder nach ihren Wünschen unterbringen können. So auch in Magdeburg. Das Wohnungsamt verteidigt sich in einem längeren Schriftsatz, dem wir das Folgende entnehmen:

Danach hat das Wohnungsamt volles Verständnis für die Notlage der Flüchtlinge, muß aber die Verantwortung für die Nothlage ablehnen. Es hat die Zentralbehörde rechtzeitig davor gewarnt, Flüchtlinge in größerer Zahl einem anerkannten Kostlandsbezirk, als der Magdeburg gilt, zuzuwenden. Mit allem Nachdruck hat es darauf hingewiesen, daß die Stadt bereits zahlreiche Flüchtlinge aufgenommen und sehr erhebliche Mittel für Wohnbauten angewendet habe. Das Reich hingegen habe abgesehen von der sogenannten Liebertreuungsmaßnahme für Neubauten und der Arbeit der drückenden Eisenbahn- und Postbehörden nichts geleistet, obgleich die Unterbringung der vertriebenen Deutschen zu den Folgen des verlorenen Krieges gehöre, daher das Reich unmittelbar treffe und nicht ohne weiteres auf die Gemeinden abgewälzt werden dürfe. Dabei sei das Reich in der Lage zu helfen durch Freigabe von Kasernen, die mit geringen Mitteln zu Wohnungen umgebaut werden könnten.

Das Wohnungsamt ist sich dessen bewußt, daß es durch das Reichsgesetz vom 11. Mai 1920 verpflichtet ist, die zugewiesenen Flüchtlinge unterzubringen, daß sie bei Vergabe von Wohnungen vorzugsweise zu berücksichtigen sind. Der Fehler liegt aber darin, daß Magdeburg zu viel Flüchtlinge zugewiesen sind. Die Stadt kann ihren Pflichten nur nach den vorhandenen Möglichkeiten und in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit nachkommen. Da es unmöglich war, die Flüchtlinge ebenfalls auch nur zu einem größeren Teil in absehbarer Zeit unterzubringen, hat man es den beteiligten Behörden überlassen müssen, selbst auf Reichs- und Staatskosten für ihre Beamten Wohnungen zu schaffen. Eisenbahn und Post haben darin auch Erhebliches geleistet.

Außerdem aber hat die Stadt bis zum 1. April 1920 in öffentlichen Wohnungen rund 50 Familien aller von Wohnbeamten und Bahnarbeitern untergebracht, ungeachtet der weit größeren Zahl von vertriebenen Bahnbeamten und Bahnarbeitern, die sonst hier Wohnung gefunden haben. Seit dem 1. April 1920 sind durch Vermittlung des Wohnungsamts 50 bis 60 Flüchtlings- und Beamtenfamilien in selbständigen Wohnungen untergekommen. Mit vorläufiger Unterbrechung hat die Stadt der Eisenbahn für Flüchtlingsfamilien die Schule in der Kaiser-Friedrich-Straße (das künftige Dienstgebäude des Postbeamtenamts) und die Maschinenhalle am Fahn-Turnplatz zur Verfügung gestellt. Sie bleibt bemüht, diese Familien, soweit sie es kann, in endgültige Wohnungen zu überführen. Die noch vorhandenen Möglichkeiten sind aber gering. Gemeldet sind als wohnungslos und als bevorzugt zu berücksichtigen zurzeit rund 500 Flüchtlingsfamilien und hierher bezogene Beamte. Wenn diese sämtlich untergebracht werden sollen, so werden dadurch allein nicht nur die durch Aufteilung und Verkleinerung von Kasernen zu bewohnenden sondern auch die voraussichtlich bis zum Sommer 1921 neuherzustellenden Wohnungen sämtlich besetzt. Die übrigbleibenden, bisher gemeldeten 2000 wohnungslosen Familien könnten alsdann nicht einmal bei Vergabe der neu zu erbauenden Wohnungen berücksichtigt werden. Um für alle neue Wohnungen zu schaffen, müßte die Stadt noch weitere 80 Millionen Mark aufwenden. Das ist natürlich unmöglich.

Das Wohnungsamt weist immer wieder darauf hin, daß durch Freigabe von Kasernen dem Uebel abgeholfen werden könnte; es geschieht aber nichts. Inzwischen wird das Amt den vorhandenen Wohnraum restlos zu erschaffen suchen und vorwiegend Flüchtlingsfamilien damit versehen. Die neu eingerichteten und über die ganze Stadt verteilten Beschlagsnahmemaßnahmen werden die Aufstellung über großer Wohnungen planmäßig und schnell gewährleisten. Diejenigen Wohnungsinhaber, die zur Abgabe von Wohnräumen aufgefordert werden, werden gebeten, keine unnötigen Schwierigkeiten zu machen, sonst werde die Beschlagsnahme im Wege unmittelbaren polizeilichen Zwanges auf Kosten der Betroffenen — wie schon bisher in einzelnen Fällen — unerspart durchzuführen. Die Namen derjenigen, die es dahin haben kommen lassen, werden veröffentlicht werden. Auch gewerbliche Räume werden, soweit sie wegen erdbeeidigt und geeignet sind, für Wohnzwecke beschlaggenommen und ausgebaut werden.

Diese Drohungen zeigen, welche großen Schwierigkeiten den Städten durch die Flüchtlingsüberschwemmung erwachsen sind, wie sie andererseits auch die Not dieser Vertriebenen plastisch hervorbringen lassen. Vielleicht darf man in diesem Zusammenhang unsere anerkennenden Genügsamer und Kriegsüberdauerer darauf hinweisen, daß es in Frankreich und Belgien ebenfalls hunderttausende Familien gibt, die das furchtbare Geschick der Heimatslosen schon seit sechs Jahren getragen haben und es noch viele Jahre werden tragen müssen.

— Das Steuergeheimnis. Für die Landesfinanzämter ist eine vorläufige Geschäftsordnung erlassen worden, die z. T. auch für die Kunden dieser Ämter, die Steuerpflichtigen, von besonderem Interesse ist. Die Amtspflicht sämtlicher Beamten der Reichsfinanzverwaltung erstreckt sich insbesondere darauf, daß sie Verhältnisse eines Steuerpflichtigen, die sie dienstlich erfahren haben, strengstens geheimhalten. Diese Pflicht wird durch Ausschneiden aus dem Dienst oder Beendigung der Tätigkeit nicht berührt. Die Pflicht zur Geheimhaltung liegt insbesondere auch den Beamten der Registraturen und Kanzleien ob. Sie gilt auch für alle Beamten und Angestellten, die sonst mit der Verwaltung oder der Verwendung von Steuerlichen Akten betraut werden. Disziplinarischer, gegebenenfalls strafrechtlicher Ahndung unterliegt eine unbefugte Ueberschneidung von Dienstlichen und dienstlichen Schriftstücken an Personen, die diese nicht innerlich des zugewiesenen Geschäftszweiges bedürftigen.

— Namenlose Telegramme. Nach einer Mitteilung des Reichspostministeriums nehmen viele Telegrammabnehmer ihren Namen in die Telegramme selbst nicht auf, augenscheinlich in der irrigen Voraussetzung, daß die vorgeschriebene Angabe ihrer Anschrift links auf dem Abschnitt des Aufgabebordrucks von Amts wegen mittelgegriffen wird. Da Telegramme ohne nähere Angabe des Absenders, namentlich wenn es sich um Bestellungen, Anfragen und ähnliche handelt, vielfach zwecklos sind, haben fortan die Annahmecommissionen die Aufseher unter Erklärung des Sachverhalts darauf aufmerksam zu machen, den Namen des Absenders auch unter dem Text des Telegramms anzugeben.

— Warnung vor unrechtmäßigem Bezug von Erwerbslosen-Unterstützung. Die Strafkammer vom 15. Juli verurteilte den Transportarbeiter Fritz Sch. zu 3 Monaten Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe weil er die Einrichtung der Erwerbslosen-Fürsorge durch Unterhaltungsbeitrag in Höhe von 564 Mark bei gleichzeitigen hohen Tagesbediensten, durch sogenannte Schwarzarbeit in größter Weise mißbraucht hat. Das Arbeitsamt hält sich an obigen Anlaß für verpflichtet, alle Erwerbslosenunterstützungs-Empfänger sowie alle diejenigen, die Erwerbslosen-Unterstützung werden in Anspruch nehmen müssen, in aller Form erneut darauf hinzuweisen, daß sämtliche bei Stellung von Unterstützungsanträgen gemachten bzw. zu machenden Angaben unbedingt voll und ganz der Wahrheit entsprechen müssen. Die Antragsformulare enthalten unter Nr. 14 den bekannten, durch fetten Druck besonders hervorgehobenen Satz: Hierdurch bestätige ich, vorstehende Angaben der Wahrheit entsprechend gemacht zu haben und darüber befehligt zu sein, daß ich jede Veränderung, die auf den Bezug von Erwerbslosenunterstützung von Einfluß ist, unverzüglich dem Arbeitsamt anzugeben habe. (Das Unterlassen dieser Meldung oder wissenschaftlich falsche Angaben wird mit Entziehung der Unterstützung bestraft. Vegt Verzug vor, erfolgt außerdem Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Jeder Einzelne, der ein solches Formular unterzeichnet, muß es vom Anfang bis zum Schluß sorgfältig durchgehen und muß dann alle aus wissenschaftlich falschen Angaben resultierenden Folgen tragen. (Mißachtung der von Unrecht bezogenen Erwerbslosenunterstützung. Anzeige bei der Staatsanwaltschaft.) Alle diejenigen, die bei Antragnahme wissenschaftlich falsche Angaben machen, auch alle diejenigen, bei denen nach Antragnahme und Unterhaltungsabwilligung im Verlauf ihrer Erwerbslosenunterstützung Veränderungen eintreten, die auf den Bezug von Erwerbslosenunterstützung von Einfluß sind, ohne daß sie diese an zuständigen Stelle zur Kenntnis bringen werden, sobald dies bekannt wird, unnachlässig wegen Betrugs beim Staatsanwalt zur Anzeige gebracht. Nicht der Allgemeinheit ist es, alle Fälle, in denen offensichtlich Mißbrauch mit der Erwerbslosenunterstützung-Einrichtung getrieben wird, dem Arbeitsamt (Erwerbslosenfürsorge) sofort zur Veranlassung eines Strafverfahrens zur Anzeige zu bringen.

— Ein Reichssteuererlass. Im Reichssteuerministerium ist der Entwurf eines Reichssteuererlasses ausgearbeitet worden. Danach sollen die Kinder zur Förderung des Wohnungsbaues für das Jahr 1920 von allen Steuern befreit werden. Von der Abgabe sind nur öffentlichen, kirchlichen oder charitativen Zwecken dienende Gebäude befreit. Länder und Gemeinden können zu der Abgabe Zuschüsse erheben. 10 v. H. des Ertrags der Steuer behält das Reich zur Bildung eines besonderen Fonds. Die Steuer soll am 1. Oktober oder am 1. Januar in Kraft treten.

— Bevölkerungsbewegung. Nach Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg betrug in der Woche vom 18. Juli bis 24. Juli 1920 die Zahl der Geburten 83; der Lebendgeborenen (Vormoche) 80 männliche, 67 weibliche, zusammen 147; der Gestorbenen 53 männliche, 41 weibliche, zusammen 94, darunter Kinder im 1. Lebensjahr 14 männliche, 16 weibliche, zusammen 30; die Zahl der gemeldeten Infektionskrankheiten und zwar: Scharlach 1 (davon — ansäuerlich), Diphtherie und Krupp 5 (—), Unterleibstypus — (—), Kindbettfieber — (—), Druß 8 (—), Genickstarre — (—).

— Ein Konsumgenossenschaftliches Seebad. Seit dem vorigen Jahre sind Bestrebungen im Gange, die Errichtung des herrlichen Nordseebades Westerland auf breitere Grundlagen zu stellen, um sie den kommenden Gefahren gegenüber zu sichern. Der Konsumverein Westerland leistet dabei wertvolle Hilfe. Mit allen Einrichtungen der Eigenproduktion versehen, eröffnete er am 18. Juli sein Veranda, das mit seinen Preisen für Verpflegung Verträge legen will in die reichlich hohen Verpflegungspreise. Ungemein günstig gelegen, innen und außen schön und zweckmäßig ausgestattet, wird das Vereinshaus der Westländer Konsumgenossenschaft die Stätte sein können, von der eine Verfundung der Preisverhältnisse in Westerland ausgehen kann. Der Konsumverein Westerland hat keine Milch und Kosten gespart, um alle Voraussetzungen für diesen Prozeß zu schaffen. Der Verein hat inmitten einer Gemeinde von 1000 Einwohnern eine Mitgliedschaft von 900 Personen mit einem Umsatz von gegenwärtig 5 Millionen Mark. Er hat an Eigenproduktbetrieben: eine Bäckerei, Fischräucherei, Schneiderei, Schuhmacherei, Metzgerei und einen recht ansehnlichen landwirtschaftlichen Betrieb mit der einzigen Mühle der Insel Sylt. Dazu kommt jetzt das Vereinshaus als Verpflegungsstätte für die Sommergäste vom Festland.

— Kommunistische Auswanderergruppen. In verschiedenen Städten haben sich in letzter Zeit Vertretungen für die Auswanderung nach Sowjetrußland gebildet. Die Zentrale der Vertretungen ist in Leipzig zu finden. Von diesen Zentren werden Versammlungen veranstaltet, in denen zur Auswanderung nach Sowjetrußland aufgefordert wird. Am Schluß der Versammlung werden dann Anmeldungen entgegengenommen und von den sich Meldenden ein Beitrag von 25 Mark verlangt. Meist hören dann die Eingezogenen nichts wieder von dem Verbleib des Geldes und von dem Stand ihrer Angelegenheiten. Es sind nun Anzeigen dafür vorhanden, daß die auf diese Weise eingehenden Gelder nicht für die Auswanderungszwecke, sondern für kommunistische Parteizwecke verwendet werden. Es ist gut, wenn man daher bei derartigen Unternehmungen die nötige Vorsicht walten läßt.

— Ueberführung von Kriegerveteranen. Das Zentralnachweisamt für Kriegerveteranen und Kriegerverwundete, Berlin NW, Dorstheenerstraße 48, gibt infolge der sich häufenden Gesuche um Ueberführung der irischen Reste gefallener Soldaten aus dem Ausland in die Heimat bekannt: Die deutsche Regierung würdigt durchaus die Gefühle der Pietät, die zahlreiche Angehörige von Kriegseingesessenen den Wunsch hegen lassen, ihre teuren Toten in heimatlicher Erde bestattet zu sehen. Mit Rücksicht auf die noch immer bestehenden außerordentlichen Beschränkungen im heimischen Lande, den Mangel an Material für die Zinfärgung, die infolge des niedrigen Standes unserer Geldes unverhältnismäßig hohen Kosten und den damit verbundenen starken Geldabfluß in das Ausland sowie aus sozialen Gründen und wegen der bisher üblichen Haltung der früher feindlichen Regierungen ist sie jedoch bis auf weiteres leider nicht in der Lage, solchen Anträgen stattzugeben. Auch Ausnahmen können nicht zugelassen werden. Das Gleiche gilt von der Ueberführung von Kriegerveteranen aus Deutschland in das Ausland. Jede Veränderung dieser Entscheidung wird sofort öffentlich bekanntgegeben werden.

— Verurteilte Revision. Das Landgericht Magdeburg hat am 16. Januar den Maschinenführer Friedrich W. wegen schweren Diebstahls zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Er war in der Woll- und Wollwäschefabrik von Müller angestellt und benutzte den Zutritt zu dem Lagerraum dazu, sich einen Sack mit 30 Pfund Wollens anzueignen. Er wurde aber bei der Tat überrascht, mußte fliehen und ließ den Sack zurück. Seine gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

— Die Ausstattung der 3. Eisenbahnklasse. Ueber die Ausstattung der Personenwagen 3. Klasse im Innern hat das Eisenbahn-Zentralamt jetzt Bestimmungen getroffen. Die Inneneinrichtung der Abteile und Seitengänge erhalten einen gelben Anstrich. Die Decken, die Stühle- und Rückenlehnen sind in Blauweissen oder hellen Blauweissen zu streichen. Die zusammengehörenden Farben des weissen Decken- und gelben Wandanstriches sind durch einen braunen Anstrich zu trennen. Die Füllungen der Türen und Wände erhalten im Fries einen etwas helleren, die Rahmenleisten der Füllungen einen etwas dunkleren Farbenton als die gelbe Wandfarbe. Der Fußboden ist braun zu streichen. Die Gepäckabstreifen und Stangen, das Eisenwerk im Oberlicht über den halbhohen Wänden, die Schuttröhre vor den Heizkörpern einschließlich Schellen und Nuten, die Vordachabstreifen, die Tischbecher, Postlaternenböden, Rohre zu Vorhangstangen, Vorhangstangenhalter, Lüftungschieberbeschläge und Hefel sowie die Kleiderhaken erhalten dunkelbraunen Anstrich. Die Holzgestelle der Sitzwände sind wie die Abteilwände zu streichen. Die Sitzplatten, Stühle, die hölzernen Vorhangstangen, die Druckrahmen und das Seitenwerk sind naturbelassen auszuführen.

— Gesellschaftliche Reinigung der Familienversicherung. Die Adhäsion-Gesellschaft für soziale Hygiene hat loben an den Reichstag ein Gesetz betr. der Reinigung der Familienhilfe gerichtet. Es soll ein Gesetz angearbeitet werden, daß sämtliche Krankenkassen die Pflicht auferlegt, diese Leistung zu gewähren, d. h. insbesondere die Kosten für ärztliche Behandlung und Arzneien zu übernehmen. Das Gesetz stützt sich auf die von Dr. A. Fischer verfasste Schrift „Die Familienversicherung in Baden“. Dieser Schrift, für welche amtlicher Charakteristika benutzt wurde, ist u. a. zu entnehmen, daß die Vorstände der maßgebenden Krankenkassen die Einführung der obliegenden Familienversicherung unter Verdringung von Staatsausgaben wünschen und daß die Familienhilfe bisher sehr wenig, besonders unter den Ortskrankenkassen, ausgedehnt ist. Es wäre zu wünschen, daß diese Wünsche im Hinblick auf die ungenügende ärztliche Versorgung der Kinder und auf die gegenwärtig so weit verbreitete Tuberkulose, bei den gesetzgebenden Körperlichkeiten eine günstige Aufnahme finden.

— Die Anmeldepflicht für Tummelschäden. Das am 14. Mai 1920 in Kraft getretene neue Reichs-Tummelschadengesetz stellt nicht nur für die seitdem, sondern auch für die früher entstandenen Tummelschäden eine neue Anmeldepflicht vor. Danach müssen alle Verursacher, ferner alle Verpächter oder Oberhaupt noch nicht angemeldeter Tummelschäden der Vergangenheit vor neuem angemeldet werden. Es empfiehlt sich aber außerdem dringend, auch alle früheren noch nicht durch Zahlung oder rechtskräftig Urteil erledigten Tummelschäden so schnell als anzumelden, um sich für jeden Fall die Ansprüche aus dem neuen Gesetz zu sichern. Dabei haben wissenschaftlich falsche Angaben den Verfall des Anspruchs zur Folge. Die Anmeldung erfolgt in Breiten beim Vorstande der Gemeinde, in der Schaden verursacht ist. Die Frist zur Anmeldung läuft am 14. August 1920 ab.

— Die Haftverteilung für die Zeit vom 15. August bis 15. September findet bereits vom 5. bis 10. August statt.

— Deutscher Arbeiter-Verband, Bezirksverein Magdeburg. Die Streitunterstützung muß wegen Abbruch der Rechnung bis Donnerstag den 5. August abgehoben sein. Siehe Inserat und Anzeige für die Baubehörden.

— Ein Wohnungseinbruch wurde, wahrscheinlich in der Nacht zum 20. v. M., in der Ludolfstraße verübt, wobei folgende Sachen gestohlen worden sind: weiße Danawski- und andere Bekleidung und ein rotes Bettuch (gez. G. J.), 7 1/2 Meter schwarzes, schwarzes, weißes Tuch, ein Korsett, ein blaues Korsett, eine schwarze und eine gestreifte Hose, Silberbesteck, ein Silberstück (gez. G. J. bzw. G. J.), ein Weinkel (gez. G. J. und Monogramm M. A.) und ein Trauer-Büchlein, eine goldene Damenuhr, ein Trauring (gez. G. J. 1902) und eine ohne Reichen, ein Siegelring, ein weißes Damendarmband. Ferner wurden gestohlen: aus einer Bodenlampe in der Wilmannsstraße weiße Damenhandschuhe und Sandhölchen (gez. G. J.), weiße Kinderwäsche, bunte Kinderkleider, rotgestreifte Kleiderhandschuhe; aus einer Werkstatt in der Klosterstraße ein 1/2 P.S.-Elektromotor; aus einer Wohnung in der Schrotstraße ein buntes Hauskleid; Fahrrad: „Spezial“ Nr. 19064, mit schwarzen Felgen, und „Holer“ Nr. 1.

— 5000 Mark Diebstahl. Ein Diebstahl an Geld und Wertpapieren in Höhe von 80 000 Mark, bestehend aus 27 000 Mark Papiergegeld, Reichsschatzscheine, Aktien der Commerz- und Diskontobank und finnischen Banknoten, verübt am 23. v. M. in Hamburg, der Kaufmannsvolontär Moritz Weigenauer, auch Weigner genannt, am 24. Juni 1892 in Droschkyze (Oesterreichisch-Polen) geboren. Er ist mittelgroß, schlank, blond und hat an der rechten Wange rote Flecken. Für die Verurteilung des Täters hat der Geschädigte eine Belohnung von 5000 Mark und für die Wiederherbeischaffung der Werte 10 Prozent Belohnung ausgesetzt.

— Beschlagsnahme Laufdecken. Eine Anzahl Fahrrad-Laufdecken mit der Bezeichnung Decca Nr. Burglöhne — Extra Prima — wurden von Kriminalbeamten beschlaggenommen, weil sie vermutlich aus einem Diebstahl herrühren. Sie befinden sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 65, zur Verfolgung für Bestohlene.

— Gestohlen wurden: der polnische Arbeiter Franz Gyzan, Magdeburger Straße 42, der in letzter Zeit gemeinlich mit einem anderen Polen im nördlichen Teile der Stadt mehrere Einbruchdiebstähle, verübt in Verlaufszeiten nach Zeugnissen der Schauspielertheater, verübt; der Krankenwärter Karl Sd. und der Schlosser Wilhelm Sd., die in der Nacht zum 20. v. M., von einem Beamten der Sicherheitspolizei im Lorenzweg mit Wägen betroffen wurden, die sie vermutlich aus einem Lager gestohlen haben; die wohnungslosen Arbeiter Hermann Sch. und Johann Sch. von hier, weil sie dringend verdächtig sind, Kessel gestohlen zu haben. Sie wurden auf dem Alten Markt mit zwei Säcken Kessel betroffen und machten aber deren Herkunft zweifelhafte Angaben. Der noch nicht ermittelte Bestohlene wird erjagt, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 62, zu melden.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein. Parteigenossen! Parteigenossinnen! Der Verband der Arbeiterjugendvereine ruft seine Anhänger zu einer Reichstagung am 28. bis 30. August nach Weimar. Auch eure schulentlassenen Söhne und Töchter müßten daran teilnehmen. Fordert sie zum Beitritt in den Arbeiterjugendbund Magdeburg auf und helft ihnen bei den Vorbereitungen zur Weimartagung. Bezirk Eubenburg, Mittwoch den 4. August, abends 7 1/2 Uhr, Funktionärstagung im „Goldenen Löwen“. — Donnerstag den 5. August, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in den „Eubenburger Feststätten“, Ref. Gen. Sitzungsbüchlein. — Freitag den 6. August, abends 8 Uhr, Sitzung im „Eubenburger Feststätten“. — Freitag den 6. August, abends 8 Uhr, Funktionärstagung im „Eubenburger Feststätten“. Arbeiterjugendbund Magdeburg. Jugendgenossen! Jugendgenossinnen! Rüstet zur Fahrt nach Weimar. Der Reichstagung muß eine eindrucksvolle Kundgebung der deutschen Arbeiterjugend werden und da darf niemand fehlen. Auf nach Weimar!

Theater, Konzerte etc.

Städtische Theater. Illicita Theater: Heute Mittwoch, Meine Frau, die Hofkapellmeisterin; Donnerstag, Der Meister; Freitag, (geschlossene Vorstellung), Das Extemporale; Sonnabend, Blachmann als Extemporale; Sonntag, Das Extemporale.

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung.

Berlin, 2. August.

Das vorläufige Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Lettland wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Auf der Tagesordnung steht ferner der am 1. Mai d. J. im Haag unterzeichnete Vertrag zwischen der deutschen und niederländischen Regierung über Kredit und Steinkohlenlieferungen. Das Abkommen wird ohne weitere Erörterung in allen drei Lesungen angenommen.

Ohne Debatte wird auch eine Änderung zum Postgebührengesetz angenommen, wonach die Erhebung der Zeitungsgebühren erst am 1. Januar 1921 in Kraft treten soll.

Der Ausschussbericht für das Entwaffnungsgesetz liegt noch nicht vor. Präsident Lube schlägt daher vor, die zweite und dritte Beratung des Gesetzes erst in späterer Stunde vorzunehmen.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.) beantragt, den Gesetzentwurf aus diesem Grund überhaupt von der Tagesordnung abzuheben.

Da das Haus sehr schwach besetzt ist, soll die Abstimmung über diesen Antrag erst später erfolgen.

Es folgt die Beratung mehrerer

Anträge, die eine Amnestie fordern.

Ein Antrag Müller (Franken, Soz.) ersucht die Regierung, den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorzulegen, durch den die Straffreiheit entsprechend dem Wiefelsfelder Abkommen vom 21. März 1920 gewährleistet wird. Der Abg. Ledebour (Unabh. Soz.) hat den Entwurf eines Amnestiegesetzes eingeklagt, wonach für alle Straftaten, die bis zur Inkrafttreten dieses Gesetzes aus politischen Beweggründen verübt worden sind, Amnestie gewährt wird. Ein Antrag Weder (Arnberg, Ztr.), Dr. Weder (Hessen, Dt. Pp.), Schiffer (Dem.), Leicht (Wahr. Wp.) enthält ebenfalls einen Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheit. Danach wird für Straftaten, die zur Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens gegen das Reich begangen worden sind, Straffreiheit gewährt. Ferner wird Straffreiheit Personen gewährt, die an einem hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich mitgewirkt haben, sofern sie nicht Urheber oder Führer des Unternehmens gewesen sind.

Abg. Kadutz (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Die Vorlage soll eine Entspannung der Lage herbeiführen. Wenn die Rappisten Straffreiheit erhalten, so müssen die Revolutionäre von 1919 der Straffreiheit ebenfalls teilhaftig werden, desgleichen die Teilnehmer an den Münchner Unruhen und den Berliner Januar- und Märzunruhen. Bayern will offenbar die Teilnehmer an den bayerischen Unruhen ausnehmen; aber wir müssen der Verfassung gemäß die Amnestie zur Reichsweite machen. Die bayerische Regierung berrät wenig Selbstvertrauen, wenn sie glaubt, mit einem freigelassenen Erich Mühsam nicht fertig werden zu können. Wir beantragen in dem Entwurf der Mehrheitsparteien die Streichung der Worte „gegen das Reich“, damit auch Handlungen unter die Amnestie fallen, die sich gegen einen Bundesstaat richteten. Selbstverständlich kann sich die Amnestie nicht auf das Disziplinarverfahren beziehen. Bei den Vorbesprechungen über den Antrag war man sich darüber einig, daß der Ausdruck „Zusammenhang“ mit den hochverräterischen Handlungen im allerweitesten Sinne verstanden werden sollte. Nach dem vierten Absatz des Antrags sind von der Straffreiheit gewisse einzeln aufgegebene Handlungen ausgenommen. Uns erscheinen diese Handlungen vollkommen willkürlich herausgenommen. Münchner Geismörder, Marburger Studenten und holländische Brandstifter wollen auch wir nicht straffrei ausgeben lassen. Amnestien bedeuten für gewöhnlich

einen Markstein für eine Revolution.

Sie sollen eine neue Gefinnung vorbereiten, so ist es aber bei dieser Amnestie nicht. Nicht als Parteimann, sondern als akademischer Lehrer warne ich die rechte Seite dieses Hauses. Sie haben die akademische Jugend durch die von Ihnen beeinflusste Presse in Ihrer Hand — Zursicht rechts: Gott sei dank! — Ich möchte aber, daß Sie sich auch Ihrer Verantwortung bewußt sind. (Sehr richtig! links.) Nur wenn Sie auf diese Weise die heftigsten Voraussetzungen schaffen, die dieser Amnestie von vornherein hätten zugrunde liegen sollen, wird eine politische Entspannung eintreten, zum Segen und zur Erleichterung für unser schwergeprüftes Volk. (Beif. b. d. Soz.)

Abg. Dr. Herzfeld (Unabh. Soz.): Das vorliegende Amnestiegesetz ist nur gemacht wegen der Ueberfüllung der Gefängnisse, um den Rapp-Verbrechern zu Hilfe zu kommen. Von diesen ist noch kein einziger angeklagt, und kein einziger verurteilt. Im ganzen Schwaben gegen sie überhaupt nur circa 700 Verfahren beim Oberreichsanwalt. Dagegen sind allein im Ruhrgebiet gegen die Verteidiger der Republik 4886 Anklagen erhoben, von denen durch die außerordentlichen Kriegsgerichte bereits 989 abgeurteilt wurden. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Die Urheber des Rapp-Putzsches hat man ja nicht und will man nicht haben. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage, daß mindestens 15 000 Anklagen aus Anlaß des Rapp-Putzsches gegen die Verteidiger der Republik erhoben wurden und demgegenüber nicht eine einzige Anklage, nicht eine einzige Verurteilung gegen die Putzschisten. (Hört, hört!) Wir denken bei unserm Amnestieantrag nicht nur an die Rapp-Putzschisten, sondern vor allem auch an die Vorkämpfer der sozialen Revolution, an die edeln und rauen Kämpfer der Januarunruhen 1919 und an alle Opfer des Systems Roste. (Beif. b. d. Unabh. Soz.)

Abg. Burilage (Ztr.): Es ist höchste Zeit, daß Ruhe und Ordnung wieder in unserm Land Einzug halten. Was uns nottut, ist Stärkung der Autorität des Staates. Ein begrenztes Begnadigungsgesetz wird sich gegenwärtig kaum vermeiden lassen. Die Herren Unabhängigen möchten doch einmal bedenken, in

welcher Weise sie die letzten Jahre nicht haben, bevor sie sich über die überfüllten Gefängnisse beschweren. (Unhaltender großer Lärm b. d. Unabh. Soz.) Das vorliegende Gesetz wird zur Ausgleichung der politischen Leidenschaften beitragen.

Abg. Dr. Düriger (Dt.-natl.): Gegen eine allgemeine Amnestie haben wir Bedenken. Wir halten es für notwendig, auf die Justiz eines Landes wie Bayern Rücksicht zu nehmen. Aber es müssen auch die Mädelstörer, besonders die Führer des Rapp-Putzsches unter die Amnestie fallen, weil es ihnen versprochen worden ist. (Hört, hört! b. d. Soz. Sehr richtig! rechts.) Das einfache natürliche Rechtsgefühl macht es mir und meinen Freunden unmöglich, für ein Gesetz zu stimmen, das diesem Versprechen widerspricht. (Beifall rechts.)

Reichsjustizminister Dr. Heinze: Die Regierung hat das größte Interesse an dem sofortigen Zustandekommen dieses Gesetzes. Meine anfänglichen schweren Bedenken gegen eine weitgehende Amnestie habe ich überwunden, ganz besonders

angesichts der ungeheuren Erregung,

die im Ruhrgebiet durch die Prozesse erzeugt worden ist. Die Rechte der Einzelstaaten müssen unbedingt gewahrt werden. Bayern hat die bestimmtesten Widerstände gegen eine allgemeine Amnestie erhoben und will sich unter keinen Umständen vom Reich eine allgemeine Amnestie aufstrotzen lassen. Wir erkennen Bayern das Recht auf seine Justizhoheit an. Wir dürfen Bayern nicht vergeblich machen. (Zuruf b. Unabh.: Aber Bayern darf das Reich bergehallen.) — Gemeine Verbrecher müssen unter allen Umständen von der Amnestie ausgenommen werden, ebenso die Mädelstörer. Der Gesetzentwurf der Regierungsparteien entscheidet sich von den Entwürfen der Unabhängigen und der Deutschnationalen wie auch vom Wiefelsfelder Abkommen. Wir haben auch den Hochverrat selbst unter die Amnestie gestellt, was nicht nur den Anhängern Rapps, sondern auch der Gegenseite zugute kommt. Wir glauben, daß die scharfe Fassung des Antrags der Mehrheitsparteien zur Beruhigung beitragen wird; die Regierung ließ sich, soweit sie daran mitgearbeitet hat, nur von strenger Gerechtigkeit gegen rechts und links leiten. (Beifall.)

Abg. Kahl (Dt. Wp.): Der Gesetzentwurf ist ein Kompromiß zwischen dem Rechtsgedanken und den politischen Notwendigkeiten. Vom Standpunkt des Rechts müssen wir sagen, unannehmbar, doch der politischen Notwendigkeiten halber stimmen wir zu. Den grundsätzlichen ablehnenden Standpunkt gegen die Amnestie zu betonen, ist heute nicht möglich. (Zuruf b. d. Unabh. Soz.) Vorhaben, die Revolution weiterzutreiben bis zur Diktatur des Proletariats, sehen wir unsere Arbeiten entgegen. Die Jugend in Ehrfurcht und Liebe vor der Größe unserer Geschichte zu erziehen. (Beifall rechts.)

Abg. Schiffer (Dem.): Wenn eine Amnestie gewährt werden soll, muß sie unter allen Umständen

gleichmäßig nach rechts und links

gewährt werden. Auf keinen Fall können wir für den deutschnationalen Entwurf stimmen, der auch die Mädelstörer, die sich feige von ihrer Verantwortung gedrückt haben, einbezogen sehen will. Meiner gibt dann ein Bild der Verhandlungen während des Rapp-Putzsches.

Abg. Eminger (Wahr. Wp.): Amnestien sind eine Untergrabung der Autorität der Gerichte und ein Angriff auf das Rechtsbewußtsein des Volkes. Wir sind höchstens für den Entwurf der Koalitionsparteien zu haben.

Abg. Stragemann (Dt. Wp.): Wir hätten gleich nach unsern Verhandlungen mit den Putzschisten ein Amnestiegesetz in der Nationalversammlung beantragen sollen. Ich weiß nicht, ob man jetzt noch die Versprechen gegenüber den Führern des Putzsches erfüllen kann.

Abg. Ludwig (Unabh. Soz.): Die Vergehen im Ruhrgebiet waren nur eine Folge des Rapp-Putzsches. Die Regierung selbst hat damals zum Streit aufgerufen, jetzt aber sperrt man die Leute ein, die dem Lärm gefolgt sind und dabei über die Stränge geschlagen haben.

Reichsjustizminister Dr. Heinze: Ausgenommen von der Amnestie sind nur die eigentlichen Urheber und Führer des Unternehmens. Die Abwehr des Rapp-Unternehmens hat sich ja in einzelne Kreise zerstückelt und solche Führer von lokalen Ereignissen fallen selbstverständlich unter die Amnestie sowohl bei den Anhängern wie bei den Gegnern des Unternehmens.

Abg. Hergt (Dt.-natl.): Die Amnestie wurde den Führern des 13. März ausdrücklich zugesprochen in den Verhandlungen mit der Regierung.

Abg. Jettin (N. P. L.): Was wir hier gesehen haben, war ein Reinwaschen der bürgerlichen Familienwäsche, die in den Rapptagen nicht ganz fleckenlos geblieben ist. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß die Massen aus dieser Wäsche zwischen der Monarchie und der bürgerlichen Demokratie die richtigen Schlüsselfolgerungen ziehen wird. (Sehr richtig!) Die meisten Reden, die heute über die Amnestie gesagt wurden, haben nur gezeigt, daß, von der äußersten Linken abgesehen, keine Partei eine allgemeine Amnestie haben will, sondern jede nur ihre Klassen- und Parteiamnestie. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Entweder eine allgemeine oder gar keine. Denn was heißt Hochverrat in einer Zeit der Revolution? Jedes Unternehmen, das Erfolg hat, wird Recht und Gesetz — wenn es keinen Erfolg hat, nennt man es Hochverrat. (Sehr richtig!) Die verkappten Rappisten brauchen ja keine Amnestie, sie sind ja heute in der Macht. (Sehr richtig!) Neue Arbeiter, die leidenschaftlich die Sache der republikanischen Bourgeoisie verteidigten, die sollen noch Amnestie bekommen, für jene andern aber, die die Revolution zur proletarischen machen wollten, für die sollen die Referate geschloffen bleiben. Sie (zu den Bürgerlichen) sind zunächst die Sieger geblieben, aber der Mangel an Großmut in der Amnestiefrage beweist erneut, daß Ihre Stärke keine Allzu große ist. Wir fühlen mit den Opfern und Angehörigen Ihrer Klassenjustiz, aber wir wissen, daß die Zeit kommen wird — ganz gleich, was Sie heute oder ein andermal beschließen —, wo die heilige Revolution die Referatierern öffnen wird. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Müller (Franken, Soz.): Keiner der Sozialdemokraten, die mit den Rappisten verhandelt haben, war Mitglied der Reichsregierung oder der Nationalversammlung, sie hatten auch nicht seinen Auftrag.

Abg. Dr. Schiffer (Dem.): In den Tatsachen, die ich bereits festgestellt habe, scheitert die ganze Beweisführung des Herrn Hergt. Bei seiner Verhandlung habe ich Versprechungen gemacht.

In der Abstimmung wird der Antrag Ledebour gegen die beiden sozialistischen Fraktionen abgelehnt.

Der deutschnationale Entwurf Hergt wird unter Ablehnung aller Änderungsanträge gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt.

Angenommen wird in erster und zweiter und in der sofort vorgenommen dritten Beratung der Antrag der Koalitionsparteien unter Ablehnung aller Änderungsanträge; dagegen stimmen nur die Deutschnationalen.

Angenommen werden ohne Aussprache in dritter Beratung des Gesetzentwurfes über Änderung der Artikel 168 und 178 der Reichsverfassung.

Es folgt Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes des Notariats.

Der Haushalt des Reichsministeriums des Innern wird angenommen.

Zum Haushalt des Reichswehrministeriums führt

Abg. Schöpflin (Soz.) Beispiele über die Verschwendung mit höheren Offiziersstellen an, nicht weniger als 45 Generale stehen im Etat; für 18 Kavallerieregimenter sind neun Kavallerieinspektoren vorgesehen. Das ist einfach ungeheuerlich. Für den Berliner Kommandantur werden drei Generale verlangt mit allem Drum und Dran. 23 Obersten sind als Abteilungschef im Reichswehrministerium und nicht weniger als 92 Stabsoffiziere als Referenten. 21 Stabsoffiziere sind als Depotführer in den Einheiten eingestellt, bei den 18 Kavallerieregimentern gibt es immer eine Schwadron mit einem Major und einem Stabsmeister als Kommandeur. 105 Stabsoffiziere sind in den Wehrkreiskommandos, von 4000 Offizieren sind 400 in Adjutantenstellen. Wir haben mehr Offiziere vom Hauptmann an aufwärts als Leutnants und Oberleutnants. Das ist bei unserer finanziellen Lage

eine Ungeheuerlichkeit.

Im Hauptetat werden nicht weniger als 42 500 Pferde für das 100 000-Mann-Heer verlangt. Jeder Offizier hat ein Pferd, jeder Stabsoffizier zwei. Wenn man bedenkt, daß ein Pferd heute 20 000 Mark kostet und die Unterhaltskosten 10, bis 12 000 Mark jährlich betragen, so kann man nur sagen, daß ein ungeheuerliches Militäretat hätte kein wilhelminischer Kriegsminister dem Reichstag vorzulegen gewagt. Da soll der Reichsfinanzminister nachschau halten. Wenn uns im Hauptetat in ähnlicher Weise festkommen wird, muß sich der Reichswehrminister auf schärfsten Kampf mit uns gefaßt machen. (Beifall links.)

Reichswehrminister Gessler: Ich bin mit dem Vorredner vollkommen einverstanden, daß strengste Sparsamkeit wachen muß, aber ich bitte zu bedenken, daß die Aufgaben der Umbildung der Reichswehr ganz gigantisch sind. Wo früher ein Befehl genügt, muß ich jetzt erfahrene Offiziere hinschicken. Auch braucht man für ein Heer mit 12jähriger Dienstzeit mehr Offiziere im Vergleich als bei dem früheren Heer. Ich muß die Stellenbesetzung, die ja durch den Friedensvertrag gebunden ist, schon jetzt vornehmen, ich kann nicht bis zum Januar warten.

Abg. Lipinski (Unabh. Soz.): Der General v. Seede hat beim Rapp-Putzsch gewiß keine eindeutige Haltung eingenommen. Jetzt ist er der eigentliche Reichswehrminister und Leiter der Staatsgeschäfte. Die Zerstörung des Leipziger Volkshauses unter dem Befehl des Generals Senft v. Pillich ist ein typisches Beispiel, mit welcher fanatischen Wut die Reichswehr der Arbeiterklasse und ihren Einrichtungen gegenübersteht. Ich frage: Was hat die Regierung bisher getan, um durch Untersuchung festzustellen, wer der Brandstifter ist und auf welche Veranlassung diese Brandstiftung vorgenommen wurde? (Beifall.)

Abg. Dr. Göck (Dem.): Es ist noch nicht ermittelt, daß der Volkshaus von der Reichswehr angesteckt worden ist. Die gerichtliche Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Abg. Brüninghaus (Dt. Wp.): Es ist bedauerlich, daß bei den Brandstiftungen in Plauen keine Reichswehr vorhanden war und daß sie bei ähnlichen Gelegenheiten fehlte, wo die Unabhängigen die Antifire waren. (Lärm b. d. Unabh. Soz.)

Abg. Lipinski (Unabh. Soz.) stellt gegenüber den Ausführungen des Abgeordneten Göck fest, daß seine Darstellungen vollkommen den Tatsachen entsprechen und die Ausführungen des Abgeordneten Göck nur von ihm als Vorsitzenden des Leipziger Räteparlaments gemacht wurden.

Die Entschließung wird angenommen, ebenso der Antrag auf Unterbrechung der entlassenen Mannschaften.

Es folgt der Haushalt für das Reichsschatzministerium. In einer Entschließung wird die Regierung ersucht, in Gemäß mit allem Nachdruck auf die ungeheuerlichen Verschwendungskosten fremden Truppen hinzuweisen und die Ersetzung der farbigen Truppen durch weiße zu erwirken.

Der Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wird ohne Erörterung erledigt.

Es folgt der Haushalt für das Reichsfinanzministerium.

Finanzminister Dr. Wirth kommt auf

das Ultimatum der Eisenbahner

bom Sonnabend zurück und erklärt: Es war ein Sturm im Glase Wasser. Die Sache ist jetzt erledigt. Der Minister verließ ein Telegramm aus Bayern, wonach die vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals erklären, daß sie unter keinen Umständen einen Streik mitmachen würden. (Beifall.) Im Haushaltsausblick ist eine befriedigende Lösung gefunden worden. Durch die Bewilligung der Länder ist das Reich zu weiteren Ausgaben gezwungen worden. Es bleibt ein Teil den anderen. Die Entwicklung der letzten Monate war ein Umding. Die Lan-

Petermanns letzter Tag.

Nach dem Flämischen des Louvain van Boelaere

von Julius Zerfas. Nachdruck verboten.

(A. Fortsetzung.)

Im Zimmer ringsum war jetzt die Finsternis vollkommen. Umweht und umhüllt wirkten zusammen. Nur auf dem Tische brannte ruhig das Lampenlicht. Ein goldner Widerschein schwebte spinnwebenfein über den glühendroten Gesichtern der beiden Männer. Dagegen schief Dorian's langer, glänzender, stets behender Schmirrbart ab. Etwas feillich sah Melanie fast im Dunkel. Ihre eine Hand lag auf ihrem schwarzen Schoße halb beleuchtet, die andre ruhte auf der Tischplatte neben der Flasche allem Branntwein, der in den Farben des roten Glases einen breiten rubinartigen Schein um sich her breitete. Ueber der schweren braunschwarzen Tischende zumorte noch das Umweht.

„Schon noch ein, Petermann“, flüsterte Melanie.

„Auf nur, als wenn Ihr zuhause wäret.“

Dorian jedoch, flüster, sprang auf, sagte seine Krüden und hüpfte wild um den Tisch. Mit sicherer Hand füllte er die Gläser. Petermann murmelte etwas und zog dann seine Hand abgetrennt zurück.

„Er hat schon sitzen“, bedeutete Dorian, einen Augenblick strahlend auf seinem eignen, brauschbaren Wein, in seiner einen Hand die dunkle Flasche und mit seinem finstern Zeigefinger auf seine Stirn deutend.

Wieder murmelte Petermann nur etwas. Dann begann er unermüdet zu weinen, ganz still vor sich hin, und schließlich schluchzte er.

„Ich habe in meinem Leben wenig Glück gehabt“, flüster er mit innerem Gefühl.

Das überwältigende Licht eines Altes schlug einen Augenblick um Dorian's grinsendes Gesicht. Ueber Petermanns jetzt fahle, gewundene, tief durchfurchte Wangen flossen einzelne Tränen; seine Augen waren wie gestorben. Ein roter Widerschein schwebte darin. Der hartlose Mund war von hundert Nissen und Gräben zugetrieben. Sobald er leicht vorgebeugt war, blieb sein Schadel in der Glut der Feuerpfote, und einen Augenblick war es, als ob da eine glänzendweiße Kerze allein in der Luft hängen geblieben wäre, bis es plötzlich dunkel wurde trotz des glühenden Widerscheins der Lampe.

„Was bin ich doch für ein Tropf...“ flüster Petermann mit schwerer Zunge.

„Er hat genug...“ bemerkte Dorian.

Keine Antwort. Ueber Melanie stand auf, holte seinen Strumpf, an dem sie gerade strickte, aus der Schublade, setzte sich näher ans Licht und ging still an ihre Arbeit. Man hörte den Wind ums Haus jagen, die Fiegel dächeln und flüchten. Ein Akt brach irgendwo ab und sauste vor dem Fenster nieder. Sicher nur summete die Lampe. In den Gläsern auf dem Tische blinkte der feurige Schnaps.

Es schien endlich, als ob der Regen aufgehört habe. Auch der Wind legte sich. Dadurch wurde Petermann aus seinem Zimmer aufgeweckt und fing bitter an zu lachen: „Melanie, Melanie! Wißt Ihr es noch, Melanie? Wißt Ihr es noch? Es war in der Heuzeit...“

„Schweig nun doch, Petermann“, sagte sie ruhig, „seid still. Was sollen die Menschen wohl denken hören sie Euch?“

„Aber sagt mir dann Melanie, wißt Ihr es noch, Melanie? Ihr müßt es mir sagen“, drang Petermann wieder aufgeregter

in sie.

Melanie erhob sich von ihrem Stuhl. Ihr Kopf verschwand in der Dunkelheit. Sie betrachtete den murrenden Dorian.

„Kommt ein andermal wieder“, sagte sie leise, „dann will ich es Euch sagen. Denn ich glaube, nun ist es Zeit für Euch, nach Hause zu gehen... ins Hospiz“, verbesserte sie sich.

„Ja“, sagte Dorian aufspringend. „Es ist Zeit, höchste Zeit, der Regen hört auf. Kommt, wir gehen!“

„Noch einen Tropfen“, meinte Melanie höflich mit ihrem goldenen Gemüt. „Noch ein Schüßchen für das Raß von außen.“

Dorian sagte fest seine Krüde, hob sein Glas und sprach: „Prost! Prost!“

Sie tranken. Dorian's Krüden stießen schon hart auf den Boden. Er öffnete die Tür und sah hinaus.

„Gute Nacht, Melanie.“

„Gute Nacht, Melanie“, echote Petermanns Stimme. Und wiederholte leuchter: „Gute Nacht, Melanie.“

„Kommt einmal wieder, Petermann. Macht bald. Und Ihr auch, Dorian. Ihr seid stets willkommen, das wißt Ihr.“

Was mußte er denn nun in das Stif kriechen — dachte Melanie. Er hätte den Hof noch recht gut verwalten können. So viel war nicht zu tun. Er war so ein finstern, properer Mann... früher... und eine gute Seele... Und er wußte es noch in der Heuzeit... Er hatte es nicht vergessen... Unterbreifen räumte sie wieder den Tisch ab, stellte die Stühle an ihren Platz und begann langsam, halb im Traume, wieder zu stricken. Nun das Umweht vorüber war, sollten die Kinder wohl auch bald kommen. Ueber dem ganzen Hofe hing heimliche Stille und das Geheimnis der sinkenden Nacht. Leise summete die Lampe im goldenen Scheine.

(Schluß folgt.)

der und Gemeinden sollen sich die Konsequenzen überlegen. Die Entwicklung unserer Finanzen ist katastrophal. Die umlaufenden Schatzanweisungen sind emporgeschneit auf 110 Milliarden. Dazu kommen 11 Milliarden weitere Zahlungsverpflichtungen und 16 Milliarden aus Anlaß des Steuererlasses, ferner 92 Milliarden schwebende Schuld. Heute haben wir also eine Schuld von 238 Milliarden.

Dazu treten noch 80 Milliarden anläßlich der Eisenbahnübernahme. Bei der Wucht dieser Zahlen kommt einem die Sorge, wie lange wir noch die jetzigen Gehalte und Löhne werden bezahlen können. (Hört, hört!) Es ist unbegreiflich, wenn man in Frankreich noch von weiteren Vorbeugungen spricht und eine Kata Morgana von Milliarden sich aufbaut. Ein erschreckendes Zeichen des Wiederaufbaues ist das Abkommen mit Holland.

Beim Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen fordert eine Entschließung die Auflösung der Reichszentrale für Heimatsdienst.

Abg. Frhr. von Lersner (Dt. Vp.) wünscht eine kurze übersichtliche Volksausgabe der Hauptbestimmungen des Versailleser Friedensvertrags und Außenminister Dr. Simons erklärt sich damit einverstanden.

Abg. Dr. Breitscheid (Unabh. Soz.) fragt, ob von der Entente versucht worden sei, entgegen der deutschen Neutralitätsklärung Truppen und Munition den Polen zur Hilfe zu senden. Warum ist Deutschland nicht an der Londoner Konferenz beteiligt? Wedner empfiehlt eine wirtschaftliche Verständigung mit Rußland. Deutschland darf nicht der Weidarm Europas werden.

Außenminister Dr. Simons: Auf die Gefahr hin, für ein eingeschriebenes Mitglied der Unabhängigen Partei gehalten zu werden, erkläre ich, daß ich mit den Ausführungen des Vorredners im wesentlichen einverstanden bin. Ich bin den Transportarbeiter

für die Energie dankbar, mit der sie die deutsche Neutralität wahren wollen, aber ich möchte sie bitten, sich vor Unbesonnenheiten zu hüten. Das Auswärtige Amt wird jeden Versuch, die eheliche deutsche Neutralität zu verletzen, mit aller Energie zurückweisen.

Von dieser ehelichen Neutralität hängt Leben und Sterben für uns ab. Durch unbesonnene Eingriffe kann aber über Nacht ein Kriegsfall entstehen. Wir haben noch vertragliche Verpflichtungen zu erfüllen. Die „Polonia“-Lüge werden nicht durchgelassen, wenn sie neutralitätswidrige Ladung enthalten. Wir haben dann die Verpflichtung, die tschechoslowakischen Gefangenen heimzuführen. Die Truppen in den Abstellungsverbindungen können abgelöst werden, aber nicht so, daß sie nach Polen transportiert werden und neue aus Frankreich kommen. Es wäre bedauerlich, wenn versucht würde, uns in London von der Verhandlung der Disfragen auszuschließen. Was im Osten beschlossen wird,

geht uns an Herz und Nieren. Wir müssen unsern Land und Weiland zur Verfügung stellen. Mit Sowjetrußland können wir jeden Vertrag abschließen. Ich würde mich aber in keinen Vertrag mit Sowjetrußland einlassen, wenn dieses nicht bespricht, daß es das, was vereinbart wird, auch der Entente gegenüber durchhält. Wir brauchen uns jetzt nicht zu drängen, in den Bältern und Hineinzukommen. Als Bandtschnecke lassen wir uns nicht gebrauchen.

Auf Vorschlag des Abg. Dr. Becker (Hessen, Dt. Vp.) wird die Abstimmung über den Antrag auf Auflösung der Zentrale für Heimatsdienst bis zum Herbst zurückgestellt.

Damit ist die zweite Lesung des Notenhaushalts erledigt. Dienstag 10 Uhr: Anfragen, Entwaflungsgesetz, dritte Lesung des Notenhaushalts, Interpellationen, kleine Vorlagen. Schluß gegen 10 Uhr.

Provinz und Umgegend.

Uebervorteilung der Käufer.

Die Bezirkspreisprüfungsstelle Magdeburg versendet an alle örtlichen Preisprüfungsstellen ein Rundschreiben, in dem es heißt, daß in letzter Zeit vielfach Klagen einlaufen, daß im Kleinhandel zu ungünstigen den Käufers falschen Gewogen werde. Es bedürfe keines Hinweises, daß ein derartiges Verfahren im Widerspruch zu aller kaufmännischen Moral stehe und mehr als jede andere unlautere Machenschaft geeignet ist, eine Erregung der Bevölkerung herbeizuführen. Es werden deshalb die örtlichen Preisprüfungsstellen und die Polizeibehörden gebeten, unverzüglich zu prüfen, ob sich der Mißstand auch im dortigen Bezirk herausgestellt habe. Gegebenenfalls wird auch um Angabe gebeten, welche geeignet erscheinenden Wehr- und Aufklärungsmaßnahmen zu ergreifen sind.

Arbeitszeit in Lohndreschereien.

Der Regierungspräsident als Demobilisierungskommissar hat unter dem 13. Juli 1920 angeordnet:

§ 1. Bei der Verarbeitung der diesjährigen Ernte beträgt die tägliche Höchstleistungszeit in Lohndreschereien in 4 Monaten durchschnittlich 8, in 4 Monaten durchschnittlich 10 und in weiteren 4 Monaten durchschnittlich 11 Stunden.

§ 2. Die zur Vorbereitung der Maschinen notwendigen Arbeiten können außer der im § 1 festgesetzten Höchstleistungszeit vorgenommen werden.

§ 3. Bei täglich 10- und mehrstündiger Arbeitszeit sind mindestens 2 Stunden Ruhepause während der Arbeitszeit an jedem Arbeitstag zu gewähren.

Tagung der Kriegssopfer.

In Halle fand am Sonnabend und Sonntag der 3. Gau-tag des Reichsbundes der Kriegsschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen statt, an dem rund 200 Delegierte und zahlreiche Vertreter von Verbänden und Organisationen teilnahmen. Die Mängel des neuen Reichsversorgungsgesetzes beleuchtete in wirksamer Weise Fiedler (Halle) und das Gesetz über die Beschäftigung schwerbeschädigter wurde von Deißler (Magdeburg) erläutert. Die Tätigkeit der Militärversorgungsgesetze unterzog Tramp (Magdeburg) einer scharfen Kritik, die vom Vertreter der freien Gewerkschaften, Bezirksleiter Dietrich (Magdeburg), durch zahlreiche Gerichtsentscheidungen wirkungsvoll ergänzt wurde. Ueber den Stand der Fürsorge vorbereitete sich der Geschäftsführer der Kriegsschädigtenfürsorge in Halle Dieß (Weißfels). Der Hauptreferent der Verlegung wurde das schärfste Mißtrauen ausgesprochen, da von ihr unter Leitung des Dezernenten, Freiherrn v. Schleinig eine praktische und nutzbringende Arbeit für die Opfer des Krieges nicht zu erwarten ist. Eine einstimmig angenommene Entschließung verlangte den sofortigen Rücktritt des Freiherrn v. Schleinig.

Aus dem Geschäftsberichte, dem Gauleiter Röber (Magdeburg) gab, ging hervor, daß der Reichsbund große und fruchtbringende Arbeit für die Kriegssopfer geleistet hat. Im Gau Provinz Sachsen-Anhalt sind 348 Ortsgruppen mit 37 829 Mitgliedern vorhanden. Die Gaukasse schließt in Einnahme mit 69 895 Mark und in Ausgabe mit 66 524 Mark ab. Das Vermögen des Gaus beläuft sich auf 6184 Mark. In dem Gauvorstand wurden gewählt Röber (Magdeburg), Dahlhelm (Magdeburg), Pauli (Magdeburg), Krüger (Magdeburg), Treichow (Selb), Fürst (Koblenz), Heuschke (Stendal), Frau Ried (Mehlsleben) und Frau Borowitsch (Magdeburg).

Nach Beratung der Satzungen und der mehr als 100 Anträge wurde in einer einstimmig angenommenen Entschließung die gleiche Zeit in Berlin stattfindende Kundgebung für Wählerverfassung und Weltfrieden aufs lebhafteste unterstützt.

Parteinachrichten.

Osternstedt. Sozialdemokratischer Verein. Mittwoch den 4. August, abends 8 Uhr, Versammlung beim Gastwirt Brede. 1220
Klein-Osternstedt. Sozialdemokratischer Verein. Am Mittwoch den 4. August, abends 8 Uhr, Versammlung bei Schöbe. Genosse Feet spricht. 1220

Arbeiterjugendvereine.

Diesdorf. Arbeiterjugend. Mittwoch abends 8 Uhr Treffpunkt zum gemeinschaftlichen Spaziergang an den drei Brüden. — Sonntag den 8. August Tageswanderung nach der Feslinger Heide. Abmarsch morgens 8 Uhr vom „Sandhaus“, zurück abends 8 Uhr. Kosten ca. 800 M. Gäste herzlich willkommen.

Kreis Wangleben.

Klein-Osternleben, 3. August. (Der Ortsgruppenorganisation.) Mitte Juli wurde auch in unserm Orte eine Ortsgruppe der S. P. D. gegründet. Genosse Feet (Wadeburg) hielt in einer Versammlung einen interessanten Vortrag über „Was will die Sozialdemokratie“. 30 Personen meldeten sich sofort zur Aufnahme in die Partei. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Oberthür und zum Kassierer Genosse Hammer gewählt. Am 31. Juli fand dann die erste Monatsversammlung statt. Eine rege Aussprache über verschiedene Angelegenheiten wurde abgehalten. Alle Genossen und Genossinnen kamen überein, eine Resolution umgehend an den Gemeindevorstand zu senden, in der darauf hingewiesen wird, die Gemeindevorstandssitzungen öffentlich bekanntzugeben. Zur Regelung der Abrechnungen wurde eine Kommission aus den Genossen Giesfeld, Pesse, Paetz und Oberthür gewählt. Auch wurde über die Gründung einer eigenen Einkaufsgenossenschaft (Konsum) verhandelt, um den Wucherpreisen entgegenzutreten. Ferner wurde beschlossen, am 15. August, nachmittags 4 Uhr, eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Als Redner wird Genosse Banowitsch zu erscheinen. Bei Besprechung der Wohnungsfrage wurde festgestellt, daß zur Not noch einige Wohnungen freigemacht werden können, nur müßte die Wohnungskommission scharfer durchgreifen. Zur Neuaufnahme meldeten sich noch sechs Genossen. Genosse Oberthür wies auf die Notwendigkeit, die „Volksstimme“ zu lesen, hin. 14 Abonnenten wurden gewonnen.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Neuhaldensleben, 3. August. (Turner-Versammlung.) Der Ausschuss der Turnergemeinschaft der drei Männerturnvereine hielt eine Versammlung ab, in der die Vorstandswahl vorgenommen wurde. Den Bericht über das Gruppenturnfest gab Turnwart Bahl. Vom Turnfest des W. T. V. Jahrs berichtete Turngenosse Niemerth. Der Monatsbeitrag wurde für den ersten Monat (Juli) auf 10 Mark, für die folgenden auf 5 Mark festgelegt. Der Turnvereinigung wurde der Name „Freie Turnergemeinschaft Neuhaldensleben“ gegeben. Im Schlußwort wies der Vorsitzende auf das am Sonntag stattfindende Gewerkschaftsfest hin und forderte zur Beteiligung auf. Festgelegt wurde, daß der Zusammenschlußgedanke in der Arbeiterturnbewegung markiert. Wäge die Mühe und Arbeit von Erfolg gekrönt sein zum Besten und zum Wohle der gesamten Arbeiterturnerschaft.

Braunschweig, 3. August. (Der in Tränen aufgelöste Kommunist.) Wie es unter der waffenstarken kommunistischen Selberrichtung vielfach aussieht, berichtet eine Verhandlung vor der Ferienkammer in Braunschweig. Ein kommunistischer Munitions- und Waffenverkäufer wurde am 26. März durch die Polizei in der Wohnung des Arbeiters Willi Niebuhr in der Langestraße in Braunschweig entdeckt und beschlagnahmt. In dem Geheimlager befanden sich 644 Infanteriepatronen, 64 Revolverpatronen, einige Schießwaffen und mehrere Sprengpatronen und Handgranaten. Niebuhr hatte sich jetzt wegen unbefugten Waffenbesitzes usw. zu verantworten. Dort war Niebuhr am Freitag in vollem Umfang geständig. In Tränen aufgelöst, bat er das Gericht, Gnade für Recht walten zu lassen. Zu seiner Entschuldigung machte der Angeklagte seinem gerechten Herzen durch folgende Worte Luft: Die vorgefundene Menge von Munition und Waffen sei ihm zwei Tage vor der Beschlagnahme durch den Kommunisten Gustav Zenter in die Wohnung gebracht worden, der den räuberischen Lieberfall in Brothem genau kenne. Er selbst habe die gefährlichen Sachen nur widerwillig und gezwungen von Zenter angenommen und keineswegs deren Benutzung zu Gewalttätigkeiten beabsichtigt. Jeder, der der Partei angehört, sei in den Märztagen direkt gezwungen worden, „etwas zu machen“, widrigenfalls seien die Knochen kaputt geschlagen worden. Diefem kommunistischen Zwange folgend, hätte er die Sachen angenommen und sofort zu seiner Frau gefügt, er wolle von der Munition die Köpfe abmachen und diese darauf dem Lumpensammler bringen! Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten, der immer wieder um eine milde Strafe flehte, eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Der Gerichtshof sah die Sache auch milder an und schenkte vor allem der Erzählung des Beschuldigten Glauben, daß er nicht aus eigenem Triebe, sondern nur gezwungen und aus Angst die Munition und Waffen in Verwahrung genommen habe. Das Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis. Die Unteruchungshaft wurde voll angerechnet und der Verurteilte vorläufig auf freien Fuß gesetzt, nachdem er das Verprechen abgegeben hatte, sich der restlichen Strafe nicht entziehen zu wollen.

Kleine Chronik

Eine aufsehenerregende Verhaftung von Automobilräubern in Berlin. Eine aufsehenerregende Verhaftung spielte sich Sonntag nachmittag im Norden von Berlin ab. Ein 23 Jahre alter Student Eismus und ein 21 Jahre alter Chauffeur Ademann hatten einem Kaufmann Albrecht in Leipzig ein Automobil geraubt und waren in rasender Fahrt nach Berlin gekommen, um es hier sofort zu verkaufen. Von dem Angebot erfuhr die Berliner Kriminalpolizei und zwei Beamte machten sich sofort auf die Fahndung nach den Automobilräubern. Sie stellten sie in der Liesenstraße, traten zunächst als Käufer auf und veranlagten die beiden jungen Leute, mit ihnen eine Probefahrt zu machen. Dazu waren diese gern bereit, aber nicht wenig überrascht, als die vermeintlichen Käufer, von denen der eine neben dem Führersitz, der andere im Wageninnern Platz genommen hatten, sich als Kriminalbeamte legitimierten und den Führer mit gezogener Pistole zwangen, das Automobil nach dem Lichtlof des Polizeipräsidiums zu fahren. Das Automobil wurde dort beschlagnahmt und die Räuber festgenommen.

Witzberggustungen. In Vergiftung gestorben sind in Krimitzschau nach dem Genuß von Witzgen der Zimmermann Anton Köhl, seine Ehefrau und seine 10 Jahre alte Tochter. — Infolge Witzberggustungen starben in Watzdorf bei Burgstädt drei Kinder der im Bahngut wohnenden Familie Junghans. Die drei übrigen Kinder der Familie liegen ebenfalls schwer krank darnieder.

Eingruch in die Berliner Universitätsklinik. Bei einem Eingruchversuch in die Klinik in der Ziegelstraße in Berlin wurden drei Eingrucher von einem Oberwachmeister überfallen und gesteuert. Der Beamte beobachtete, wie die drei Eingrucher versuchten, das Tor zu übersteigen, um so in die Klinik zu gelangen. Als einer der Eingrucher den obersten Rand des Tores erreicht hatte, rief der Oberwachmeister ihnen „Halt!“ zu. Alle drei versuchten zu entfliehen, während der Beamte jetzt von seiner Dienstwaffe Gebrauch machte. Obwohl der erste Schuß den Mann auf dem Tore so schwer traf, daß er zu Boden brach und liegen blieb, ließen die beiden andern noch weiter. Der Oberwachmeister schob hinter ihnen her und traf auch einen zweiten. Auch dieser brach zusammen, raffte sich dann aber wieder auf und entkam mit dem dritten. Der verwundete Eingrucher hatte einen Kopfschuß erhalten und wurde schwer verletzt in die Klinik gebracht, in der er bald der schweren Verletzung erlag.

Waffenraub auf einem Bahnhof. Seit vielen Monaten sind auf dem an der Bahnhofsstraße in Berlin gelegenen Bahnhof Neuhof durch Bahndienstliche und Bahnarbeiter Veranordnungen von Bahnaufendungen vorgekommen. Der Wert der gestohlenen Sendungen wird auf mehrere Millionen Mark beziffert. Die Verabingung ist in der Weise vor sich gegangen, daß Angestellte oder Arbeiter eine Sendung mit dem Zuge gefahren sind und unterwegs das gestohlene Bahngut hinausgeworfen haben, um es später abzuholen. Die mit besonderer Vorliebe entwendeten Sendungen sind den Beteiligten zum Verhängnis geworden. Denn in dem Ort Neuhof fließt auf, daß in dem Tragen von Sendungen ein immer größerer Luxus einsetzte wurde. Es wurden Nachforschungen angestellt die zur Entdeckung führten. Bis jetzt sind dreißig Personen festgestellt worden, die an den Diebstählen und an der Hehlerei beteiligt sind. Elf davon befinden sich in Untersuchungshaft.

Großfeuer in Steglitz. Ein verheerender Brand wütete am Sonntag auf dem Gelände der Neuen Photographischen Gesellschaft in Steglitz. Gegen Mittag sah einer der Wächter aus dem Magazin Flammen schlagen. Das Magazin barg große Mengen Photographie, Zelluloidfilme, die den Flammen reiche Nahrung gaben. Die Flammen hatten bereits das benachbarte Maschinenhaus umfaßt und züngelten an den Dachsparren des dreistöckigen Verwaltungsgebäude empor, als die Steglitzer Feuerwehr und später die Fabrikfeuerwehr der Gesellschaft eintrafen. In kurzen Zwischenräumen rückten dann die Wehren der weiteren Umgebung an. Im ganzen wurde auf 14 Rohren Wasser gegeben. Das Restloch ist mittam seinem Inhalt ein Haub der Flammen geworden, ebenso das Maschinenhaus, während die anderen Bauwerke nur wenig in Mitleidenschaft gezogen wurden. Der Betrieb erleidet keine Unterbrechung.

Millionenschmuggel mit unbanderollierten Zigaretten. Der Geheimhandel mit unbanderollierten Zigaretten hat in einzelnen Städten Westdeutschlands einen derartigen Umfang angenommen, daß viele Millionen Mark dem Reiche dadurch verloren gehen. Zwischen Kaldenkirchen-Nachen leben die Bewohner einzelner Dörfer fast ausschließlich von diesem lichtscheuen Handel. In Vanden bis zu 200 Personen überschreiten die Schmuggler die Grenze, wobei es häufig zu schweren Kämpfen zwischen den Schmugglern und den deutschen Zollbeamten kommt. Die Beamten sind jedoch meist machtlos. Gegenwärtig finden Verhandlungen statt, wie dem Schmuggel gesteuert und eine ausreichende Bewachung der Grenzen gesichert werden kann.

Kartoffelkrawalle in der Pfalz. Zu folgenschweren Kartoffelkrawallen kam es in der Pfalz. Durch Kuffäuser, darunter auch amtliche Stellen, hatten die Kartoffelpreise die Wucherhöhe von 80 Mark erreicht. Als Beauftragte des Wucheramts Zwibrücken nach dem Orte Krähberg entsandt wurden, kam es zu schweren Ausschreitungen. Die Dorfbewohner empfingen die Kontrollleute mit Senfen und Witzgabeln, schlugen sie nieder und verletzten sie schwer. Eine große Anzahl an den Zusammenrottungen beteiligte Dorfbewohner wurde verhaftet.

Schwerer Eisenbahnunfall. Bei Sufstgen, dicht an der luxemburgisch-lothringischen Grenze, geriet eine Rote von Bahnarbeitern, die neue Schwellen legte, unter eine Schnellzuglokomotive. Von acht Mann wurden sieben sofort getötet.

Eingefandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Wachensätze und Wachensfürsorge.

Zu diesem Artikel in Nr. 170 unserer Zeitung wird uns geschrieben:

Zu den wichtigsten sozialpolitischen Erregungssachen in der Mutterchaftsfürsorge gehört außer Zweifel die Heraushebung der Minderbemittelten-Einkommengrenze von 2500 Mark auf 4000 Mark und 500 Mark für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren. In der staatlichen Besteuerung des Einkommens konnte der Steuerpolitiker sich aber nur zu einer Minderbemittelten-Einkommengrenze von 1500 Mark und 500 Mark resp. 750 Mark aufschwingen. Konsequenzweise muß nun eine Wächnerin, die als minderbemittelt aus öffentlichen Mitteln unterstützt wird, wenn sich ihr Einkommen zwischen 1500 und 4000 Mark bewegt, diese ihre Wächnerinnenunterstützung dem Staate wieder verstreuen!

Ein und derselbe Staat sagt: 1. Die Minderbemittelten-Einkommengrenze geht bis 4000 Mark Jahresverdienst; 2. die Minderbemittelten-Einkommengrenze hört bei 1501 Mark Jahresverdienst auf! Hier auch einen weiteren Schritt vorwärts zu tun und die steuerfreie Einkommengrenze zum mindesten auf 4000 Mark Jahresverdienst festzusetzen, mögen sich unsere Steuerpolitiker allen Ernstes angelegen sein lassen. Vor dann entstehende Steuerzufall kann ohne Zweifel wettgemacht werden, wenn nur jeder Deutsche sich ehrlich mit einem „engen Gewissen“ bescheiden wollte.

Beschaffung von Schrebergärten.

Auch bei der Bekämpfung der Wohnungsnot kommt es zunächst auf die richtige Verteilung des vorhandenen Wohnraumes an, und dann erst auf die Neubeschaffung; ebenso verhält es sich mit der Beschaffung von Schrebergärten. Ist es etwa heute, wo Laufende sich ein Stückchen Erde wünschen, gerechtfertigt, daß viele Mißbürger sogar drei Gärten und Ackerland besitzen? Und die Zahl dieser mit zwei Gärten ist nicht gering. Deshalb muß unbedingt vom Magistrat, Privatwepächter, Gartenbau-Gesellschaften usw. gefordert werden, solange noch gesetzliche Hindernisse der Landbeschaffung entgegenstehen, an eine Haushaltung nur einen Garten abzugeben; ist jemand im Besitz von mehr als einem Garten, hat er diese abzugeben, damit möglichst viele in den Genuß, auch in der Arbeit sich teilen. Den maßgebenden Instanzen, Stadtverordneten-Versammlungen und so weiter ist hier ein dankbares Feld der Betätigung gegeben, denn nach der Wohnungsfrage ist die vorliegende eine der wichtigsten zur Förderung der Gesundheit unserer Völler sowohl vom wirtschaftlichen als auch ethischen Standpunkt aus.

Bereins-Kalender.

Arbeiter-Sängerkor Magdeburg. Jeden Mittwoch abends 8 Uhr Übungsstunde in Korre Herballen, Eingang Magdalenstraße. Magdeburger Damenchor. Übungsstunde jeden Donnerstag abends 8 Uhr in der Schule Eilmannstraße, Eingang Frantzenstraße. Erster Neue Musikanten-Orchester-Verein. Freitag abends 8 Uhr Versammlung in Schöbbaums Wintergarten. 12208

Wasserstände.

		+ bedeutet über, — unter Null.			
	Elbe.	Rad. Wuchs		Wulde.	Rad. Wuchs
Pardubitz	2.8.	-0.54	0.88		
Brandeis		+0.54	0.02		
Reinit		+0.29	0.3		
Leitmeritz		+0.51	0.05		
Luffitz				Großhils	3.8. +0.64
Dresden	3.8.	-1.50	0.20	Trotha	+1.28
Förgau		+0.58	0.07	Verburg i. U.	+0.30
Wittenberg		+1.57	0.25	Kalbe Oberpegel	
Roslau		+0.60	0.17	Kalbe Unterpegel	
Aten	2.8.	+0.60	1.04	Ortzebo	
Barby	3.8.	+0.62	0.08		
Magdeburg		+0.61	0.9	Brandenburg	2.8. +2.00
Wangernmünde		+0.95	0.01	Brandenburg	
Wittenberge		+0.6	0.01	Unterpegel	+0.60
Hengen	2.8.	+0.18	0.2	Rathenow	
Witten		+1.8	0.06	Oberpegel	+1.35
Dachau				Rathenow	+0.01
Wittenberg	2.8.			Unterpegel	+0.01
Schnitzdorf	3.8.			Havelberg	+1.06

Wettervorhersage.

Mittwoch den 4. August: Warm, Gewitterzeitung.

Die gute Zigarette Bonitas

Optima
Kabarett
Extra

rein orientalisches

Chemisch-Reinigen von Kleidungsstücken
jeder Art ohne Einbuße an Fassung u. Farbe sowie
Gardinen-Waschen und -Spannen auf neu
1793 in spätestens 8 bis 10 Tagen.

Eigene Läden: Brellweg 271, Kaiserstraße 18 (Eing. Wilhelmstraße),
Jakobstraße 89, Johannisberg 16, Hauptwache 2, Gr. Diesdorfer
Straße 229, Hohenfortstraße, Schönebecker Straße 20, Halber-
städter Straße 111 (Eingang Rollendorfer Straße).

Färberei Leis Nachf.

Fabrik: Gr. Diesdorfer Straße 86. Fernsprech-Anschluß 1105.

Verkaufe.
Schlafzimmer, 1780 cm,
Sofa, Chaiselongues, Ein-
ger und Kinderbetten sehr
preiswert. W. Hofling (Fab.
Hilf. Wabell, Dreierstraße 4.)

Chaiselongues
zwei neue
ganz billig zu verkaufen, ein
Pilschbezug, passend für
eigenes Zimmer. Klaus, Fern-
merodeben, Hermannstr. 1.

Ganz billige Küchen
Kinderbratpfanne in Holz,
Chaiselonguestoff, Tischstuhl,
Spülmaschine, Spinnennann,
Sobepfosten, 41, a, Wittgerstr.

Blusen
großer Posten, zum Aus-
wählen, von 25.00 Mark an
für alle Größen und Stoff-
arten und auch Seidenmüsten
preiswert zu haben. 3278

Lecker, Gelegen-
heitskäufe,
Eisfabrikstraße 33.

Papier-Fahrradherstellung
Gummireifen 143
100.000 fad bewährt, 1 Jahr
Garantie, leichter, geräuschloser
Gang, wie auf Vollgummi,
feine Reparaturen, kein Auf-
pumpen, bei jeder Witterung
gebrauchsfähig, unempfindlich
gegen Kälte, Säure, Scherben,
Steine, verwendbar für Fahr-
räder aller Art mit Stahlreifen.
Man sende uns die Räder un-
verpackt per Post, Rücksendung
nach 24 Stunden. Dreie auf-
montiert Mk. 35.00 für 2 Räder,
bei Selbstmontage Mk.
30.00. Seilungszuschlag 5000.
Papierfabrik, Magdeburg
Kann & Co., Dresden 5.

Der Naturstaat Reform-
vorläufe
zu ungehört. Glück. Dr. 7.5. 2
Bisla Verlag, Leipzig. 1158

Gegen Würmer!
Gut und Magenwurm
wirksames Abwehrmittel
für Erwachsene und
Kinder. 178

Hof-Apothete
Breitweg Str. 158
am Ulrichsbogen.

**Möbel-
Ausstellung**
in 4 Etagen
Verkauf geg. Barzahlung.
Auf Wunsch
bequeme Zahlungsweise.

Friedländer
Alte Ulrichstraße 11
Versand nach allen Orten

Vater, Mutter, Schwester, Bruder,

Jeder putzt heut mit „Urban“
in den Städten, auf dem Lande,
überall benutzt man ihn!

Sch hab's
Urban
ist doch der
beste Schuhputz

In Oesen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg
Vertreter: Kurt Schwedtfeger, Magdeburg-W., Kantstraße 4.

Neue Kurse vom 1. Oktober ab

2 Minuten vom
Bahnhof entfernt

BRUCK'S

Jahreskurse
Halbjahreskurse
in landw. u. km. Buchführ., Handels-
Briefwechsel, Rechnen, Stenographie,
Maschinenschreiben, Schönschreiben,
Deutsch, Englisch und Französisch.

Kaufmännische Privatschule
von
Alfred Bruck Jenny Bruck
Kaufmann wissenschaftl. Lehrkräfte
Magdeburg, Wilhelmstr. 1, Fernspr. 1242.

Jedes vorstehend angeführte
Unterrichtsfach kann auf
beliebige Dauer einzeln
belegt werden.

2 Minuten vom
Bahnhof entfernt

Chemisch-Reinigen von Kleidungsstücken
jeder Art ohne Einbuße an Fassung u. Farbe sowie
Gardinen-Waschen und -Spannen auf neu
1793 in spätestens 8 bis 10 Tagen.

Eigene Läden: Brellweg 271, Kaiserstraße 18 (Eing. Wilhelmstraße),
Jakobstraße 89, Johannisberg 16, Hauptwache 2, Gr. Diesdorfer
Straße 229, Hohenfortstraße, Schönebecker Straße 20, Halber-
städter Straße 111 (Eingang Rollendorfer Straße).

Färberei Leis Nachf.

Fabrik: Gr. Diesdorfer Straße 86. Fernsprech-Anschluß 1105.

Geschlechts-Kranke

Rasche Hilfe —
Doppelte Hilfe

Harntraktoren, früher und veraltet. Aus-
fluss, Gellen in der Harnröhre, Syphilis, ohne
Beschneidung, ohne Einwirkung d. and. Stoffe,
Mannschwäche, sofortige Hilfe. Aber jedes der drei
Leiden ist eine gefährliche, lebensbedrohliche Krank-
heit mit zahlreichen gefährlichen Gefahren und lang-
sam fortschreitender Zerstörung des Körpers. Aufhebung
des Leidens gegen Entlohnung von 60 Bf. für Porto in
verschlossener Doppelbrief ohne Aufbruch durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann,
Berlin O. 77, Potsdamer Str. 123 B.
Sprechstunden: von 9—11 u. 1—4 Uhr.
Sonntags 10—11 Uhr. Besondere Angabe
des Leidens erforderlich, damit
die richtige Diagnose gefast
werden kann.

**Führer
durch das Reichs-
Einkommensteuer-
Gesetz**

von
RUDOLF WISSELL

gibt über alle Bestimmun-
gen des Gesetzes, wie:
Lohnabzug u. Steuerkarte,
steuerpflichtiges u. steuer-
freies Einkommen, Abzüge
usw., unter Anwendung
praktischer Beispiele und
Tabellen sichere Auskunft
Preis Mk. 2,50 + 20%
Zu beziehen durch die
Buchhandl. Volksstimme.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
— Verwaltung Magdeburg. —

Geschäftsstelle: Große Mühlstraße 3, l. — Geschäftsstunden:
Montags von 10 bis 2 Uhr, Sonnabends von 10 bis 5 Uhr,
143 — Sonntags geschlossen. — Telephon 1912.

Wittwoch den 4. August, nachm. 4 1/2 Uhr,
in Friedrichslust, Leipziger Straße 52,
Große Vertrauensmänner-Sitzung
(Betriebsvertrauensleute, Kartelldelegierte,
Branchenleiter und Bezirksleitungen).

Tagesordnung:
Stellungnahme zum Geschäftsbericht, Beratung
etwaiger Anträge aus den Bezirken und Branchen,
Verbandsangelegenheiten.

Wittwoch den 4. August, abends 7 Uhr,
bei G. S. C., Kleine Klosterstraße,
Verammlung der Innungs-Schmiede.

Tagesordnung:
Stellungnahme zur Karlsruher Sitzung der Innungs-
Verbandsangelegenheiten und Berichtsbereich,
Es wird erwartet, daß die Kollegen zahlreich erscheinen.
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Bezirksverein Magdeburg.

Donnerstag den 5. August, nachmittags 5 Uhr,
im „Wilhelmspark“, Eickharting Nr. 40
Bau-delegierten-Sitzung.

Von jeder Baustelle muß ein Kollege erscheinen.

Die Auszahlung der Streitunterstützung
findet nur noch die Donnerstag den 5. August im Bureau
statt. Wer bis dahin die Streitunterstützung nicht abgehoben
hat, hat keinen Anspruch mehr darauf. Streitkarte und Ver-
bandsbuch ist bei Abhebung der Unterstüzung vorzulegen.
Der Vorstand.

Deutsch. Holzarbeiterverband
Verwaltungsstelle Magdeburg.

am Freitag den 6. August 1920, abends 7 1/2 Uhr,
bei G. S. C., Eickhartingstraße 22
Versammlung
sämtlicher Betriebsratsmitglieder u. Betriebs-
obleute der gesamten Holzindustrie.

Tagesordnung:
1. Wahl der Mitglieder zum Generalkongress.
2. Die augenblickliche Krise und ihre Wirkung.
Kollegen und Kolleginnen! Beide Fragen sind für unsere
Zukunft von so großer Bedeutung, daß kein Betrieb hier
fehlen sollte. Die Verwaltung.

Deutsch. Eisenbahnerverband
Ortsverwaltung Schönebeck.

Freitag den 6. August, abends 1/8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Kleinen Stadtparksaal.

Tagesordnung:
1. Delegiertenwahl zur Generalversammlung.
2. Besprechung über unser Stützungsnetz.
Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.
Der Vorstand.

Möbeltransporte
Innerhalb der Stadt, über
Land usw. per Bahn ohne jede
Umladung fährt billigst aus

Ernst Funke
latzt Buckau, Am d. Elbe 8,
Telephon Nr. 4400. 1814

Erfolgreiche Fatterschweine
30 bis 60 Pfd. u.
Häufige
treffl. Wittwoch
ein. Vert. gan-
z. Preisstellung 70 Mk.
Schmiede Fester, Schlopp-
schen, Kuchenschauen, treffen
Sonnabend nachm. ein, (von
von 70 Mark an, Neuland,
Eberstraße 1 bei Teich u. Söhne.

**Treffte morg. mit
Fatterschweine**
ein und stelle den-
selb. ab Sonnens-
tag u. bittig. Tagespreisen
zum Vert. Emil Denecke,
Magdeburg-Wilhelmsplatz,
Poststraße Nr. 22.

Fatterschweine
große und kleine, zu verkaufen
bei Karl Neubauer, Groß-
Rosenleben. 1802

Prima Altm. Ferkel und Pölke
verkauft billig
Wolter, Grünstraße 5.

**Zwei Jungziegen
zwei Ziegenhämmer**
hat abzugeben
A. C. Brandt, Barleben,
Poststraße 11. 3291

Hofjäger.
1838 Täglich
abends 7.30 Uhr
Sensations-Gastspiel
der beliebtesten
**Original Leipziger
Fritz-Weber-Sänger**
Dir. Fritz Weber
8 Herren 8 Damen
Das großartige
Elite-Programm
u. a. Dir. Fr. Weber in
seinen neuen Schlägen.
S. Weber als Hermann
d. gemittl. Vereinsleiter
R. Rosal in seinen Ver-
wandlungen
a) Ich und Du... mod.
Gesangs- u. Tanzstück
b) Mannsliebhaber, v.
den Herren D. Harde
und R. Rosal
S. Membrand als
Artur der arme Arbeiter
und die beiden Brüder
Die Försterchristel und
Kartoffeln und Hering
Saben Sonntag
Programmwechsel.
Vorverkauf d. E. Jacobs,
Ulrichsbogen.
Täglich nachm. 4 Uhr
Garten-Konzert.

**Fürstenhof-
Prunksaal**

Täglich 7 1/2 Uhr
Der großartige August-
118 Spielplan!

**Das Zigeunerballett
mit G. Bitter und
den 5 Clagoroffs.**
Die Amoretten.
Karl Bernhard.
Emeralds Dressur.
4 Franzosen.
2 Dittas usw.

**Städtische Theater.
Viktoria-Theater.**
Mittwoch, 4. August 7 1/2 Uhr
Weine Frau,
die Köchinpielertin.
Donnerstag den 5. August
Der Meister.

Fürsten-Café
mit hochmoderner
1843
Sommer-Palmen-Terrasse.
Saben Nachmittags
• Elite-Damen-Kaffeekonzert. •
Täglich nachmittags und abends
Bornehme Salon-Musik.

Kasino-Theater Großer
Damen-Ringkampf

Herrenkrug
Haut Mittwoch ab 4 Uhr 1821

Extra-Konzert
Philharmonisches Orchester.

UT

Nur bis Donnerstag

**Manon
Lescaut**

Vom Wege nach
dem Kloster bis
ins Arbeitshaus.
Stückenrama aus
dem Rokokozeitalter.
6 Akte 6
1844
Sener:
**Bluff und
Bankrott.**

Bürsten Bürsten

Liefert billigst an Händler

Fr. Wilh. Becker

Bürstenfabrik, Prälatenstraße Nr. 20.
Telephon 2610 u. 2452. 1766

Den Teilnehmern des Weltkriegs
empfehlen wir zur Erinnerung an
die Strapazen, Mühsal, Gefangen-
schaft usw. eine größere Anzahl

Kriegsarten von Ost und West
Preis von 0.50 bis 3.00

Buchhandlg. Volksstimme
Große Mühlstraße 3.

Perladin die Perle der Schönheitsmittel
kaufen Sieberverfänger
jeder Art ohne Verschö-
nerung am vorzüglichsten
im Fabriklager bei 3260

Kurt de la Porte
Weiniger Vertreter für Magdeburg. Kontor und Lager:
Breslauer Straße 27, Hof gerabau. — Telephon Nr. 5336.

**Sanitätsrat
Dr. Blick**
ist zurückgekehrt.

Wohlwüthische Kellapparate
End zu verkaufen und zu vert.
Baubstr. 9, l. Boh. 3274

**Von der Kette zurück
E. Seeger, Dentist,
Selberstraße Str. 40, l.**

Dr. Carl Lennhoff
Facharzt für Haut- u. Geschlechtskrankheiten,
Direktor der städtischen Hautklinik.
— Telephon 2481. — 3183

Arbeitsmarkt

Amme
für 5 monatigen Knaben so-
fort gesucht. Westf. Kaiser-
str. 11, 1. Etage 3258/1744

Reucht Bonitas!

Kante Faber?) sofort für die „Magdeburgerische Zeitung“ hergestellt wurde, ist als Erklärung selbst vom Stimmkongress preisgegeben. Aber die Unterredung soll doch stattgefunden haben, und durchsichert (1) ist auch etwas, wenn auch gerade das Gegenteil von dem, was die Kante Faber sich auf den Reaktionsstich sichern ließ, und von zuständiger Stelle soll es auch gekommen sein!

Wie alle Lügen, so haben aber auch die Lügen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und der „Münchener Schwabenspiegel“ nur kurze Weile. In unserer gestrigen Nummer haben wir bereits eine Meldung wieder, wonach der Oberpräsident von Ostpreußen auf das bestimmteste versichert, daß vom Oberpräsidenten keine Mitteilungen über eine Zusammenkunft von Hilferding und Zoffe ausging, weil keinerlei Anhaltspunkte gefunden werden konnten, daß eine solche Unterredung überhaupt stattgefunden hat.

Statt aber nun offen zu sagen: Wir haben uns überzeugt, mir sind reingelegt worden, läßt die anständige Kante Faber geheimnisvolle Drohungen gegen den Oberpräsidenten aus. Es wird wohl nichts übrigbleiben, als der Kante Faber, die auf ihre alten Tage zur Spitzelbesitzerin geworden ist, ein Arschreiben zu schicken die Böhne zu setzen. Vielleicht hören dann die Leser der „Magdeburgerischen Zeitung“ etwas Näheres von deren Hintermännern.

Der Staatskommissar für öffentliche Sicherheit in Berlin hat der Kante Faber versichert, daß der ganze Geheimplan Unsinn ist. Das muß er schwer büßen. Der arme Moskwa muß herhalten und bestreiten, daß der Staatskommissar ein höchst ungeschickter Geselle ist. Stimmt, aber ungeschicklich ist er nur, wenn es gegen rechts geht. Da gegen arbeitet er prompt und sicher, wenn es gilt, den Radikalen von links an den Stragen zu gehen. Und das hat Moskwa gesagt, „objektive, eheliche“ Kante Faber.

Kante Faber spielt aber die gekränkte Leberwurst, weil der Staatskommissar für öffentliche Sicherheit ihr mit den Kopf zusagt, daß sie mit einem Finanzkammerer in Berlin in Verbindung steht, und kann doch dagegen nichts vorbringen als Behauptungen, daß es nicht wahr sei.

Na, Kante Faber, unter uns gesagt, über die finanzielle Lage der „Magdeburgerischen Zeitung“ bestehen in ihrer Redaktion zumindest recht große Meinungsverschiedenheiten, und mit „Verleumdern“ umherzuschmeißen, ist doch recht gewagt.

Die „Magdeburgerische Zeitung“ hat aber noch andre Helfer! Das Auswärtige Amt, der Oberreichsanwalt und der Oberpräsident von Ostpreußen sollen die Mähergeschäfte sehr ernst nehmen. Das hoffen auch wir. Nur dürfte die „Magdeburgerische Zeitung“ dabei in keiner beneidenswerten Lage sein. Wenn der Oberreichsanwalt sich ernsthaft darum bemüht, die vertrauenswürdigsten Quellen der „Magdeburgerischen Zeitung“ kennen zu lernen, dürfte er gute alte Bekannte finden, die ihr verschleierte Staatsanwälte sehr seiner besondern Fürsorge empfehlen werden. Auch die Bedenken des Auswärtigen Amtes und des Oberpräsidenten von Ostpreußen sind sehr begreiflich. Sie haben sicher großes Interesse, endlich einmal die Quellen kennen zu lernen, die fortwährend die Bevölkerung in Schreden versetzen und die Führung der auswärtigen Politik erschweren. Wir sind dabei gerne behilflich.

Die „Magdeburgerische Zeitung“ kann unbesorgt sein, „die Unterredung über die Angelegenheit wird ihren Gang gehen“, und zur gelegenen Zeit werden wir glauben, „im öffentlichen Interesse das uns zugegangene Material der Öffentlichkeit unterbreiten zu sollen“. Ganz besonders deshalb, weil Kante Faber, verächtlich wie eine alte Jungfer, immer noch glaubt, die Herkunft ihrer Mißgeburt verdecken zu können, wenn sie darüber nicht spricht.

Spiegelmache in Zittau.

In Zittau ist es seit Sonnabend zu ernstlichen Unruhen gekommen. Es wurde ohne Zustimmung der Gewerkschaften ein Aktionsausschuß eingesetzt, der sich als Inhaber der höchsten Gewalt betrachtete. Der Ausschuss soll ein ständiges Verfolger Müller-Fordan aus dem Ruhrrevier sein. Es soll zu Gewalttätigkeiten gekommen sein, bei denen acht Antzpersonen abgesteckt und die Licht- und Kraftwerke stillgelegt wurden. Die sächsische Regierung hat aber die Gebiete Zittau und Zschillen den Belagerungszustand verhängt und Sicherheitspolizei und Reichswehr zur Wiederherstellung der Ordnung aufgebieten.

Nach neuen Meldungen hat am Montag eine Versammlung der Unabhängigen und Kommunisten stattgefunden, in der folgende Forderungen beschlossen wurden: 1. Die Sicherheitspolizei hat nach ihrer Entwaffnung abzugeben. 2. Sämtliche Polizei- und Reichswehrorganisationen sind aufzulösen. 3. Die sächsische Regierung hat abzuzreten und ist durch eine Räteregierung zu ersetzen, an der nur Arbeiter teilnehmen dürfen. 4. Wird damit gedroht, den Generalkrieg fortzusetzen, bis die Forderungen erfüllt sind. Sollte bis Montag abend 8 Uhr keine Antwort oder eine ablehnende Antwort eintreffen, so wird damit gedroht, den Generalkrieg auch auf die lebenswichtigen Betriebe, das Wasserwerk und das Gaswerk, auszudehnen. Ferner wird mit einer Verhinderung des Eisenbahnverkehrs gedroht.

Wolffs Bureau verbreitete am Montag folgende Meldung: Die Lage des Generalkriegs hat sich wesentlich verschärft. Auf einer heute vormittag auf der Schießwiese abgehaltenen, von etwa 1000 Personen besuchten Massenversammlung wurde, wie die „Zittauer Nachrichten“ melden, bekanntgegeben, daß sich auch das Gewerkschafts-Kartell, das bisher eine abwartende Haltung einnahm, für die Durchführung des Massenstreiks und für die Annahme sämtlicher Forderungen der Arbeiter erklärt hat.

Der „Vorwärts“ teilt in der Dienstag-Morgenausgabe mit, daß diese letzte Meldung über das Eingreifen des Gewerkschaftskartells falsch ist. Durch diese sich einander widersprechende Meldungen verhält sich mehr und mehr der Eindruck, daß es sich hier um ein Werk von Spiegeln handelt, so daß die Nachrichten über diese Angelegenheit mit größter Vorsicht aufzunehmen sind.

Unabhängige Selbstmordpolitik.

Nicht erst seit dem Leipziger Parteitag müssen sich die Unabhängigen von den Moskauer Gewalthabern manche derbe „Liebenswürdigkeit“ sagen lassen. Sie sind von Anfang an von Lenin und Trozki sehr schroff behandelt worden. Erst dann, wenn sie sich bedingungslos dem Diktat der Bolschewisten unterwerfen, will man sie in die dritte Internationale aufnehmen. Seitdem man sich nun in Leipzig unumwunden zur Diktatur des Proletariats bekannt und beschlossen hat, gemeinsam mit den revolutionären Parteien Westeuropas einen Kongress einzuberufen zur Einigung aller „revolutionären Sozialisten“, sind die Wägen aus Moskwa noch schroffer geworden. Man traut den papiernen Beschlüssen der Unabhängigen nicht, man will Taten von ihnen sehen, ehe man sie zum Eintritt in die dritte Internationale für würdig hält.

Um den Beweis dafür zu erbringen, daß man die Reise schon besitzt, haben die Unabhängigen zum zweiten Kongress der dritten Internationale Crispian, Däumig und Stöder nach Moskwa geschickt. Aber all ihre Neben scheinen keinen Erfolg gehabt zu haben. Lenin hat anscheinend eine sehr scharfe Rede gegen Crispian und die Unabhängigen überhaupt gehalten. Fest steht schon, daß die Moskwa-Bilger einen bösen Fußtritt erhalten haben. Lenin warf der Unabhängigen Partei vor, daß sie gegenrevolutionäre Elemente umfasse und erklärte, daß eine Politik, die vor Gewalt und Terrorismus zurückschreckt, nicht existenzfähig sei und daß man ohne Terrorismus und ohne Gewalt niemals die Diktatur des Proletariats aufzurichten könne. Crispian stellte er auf eine Stufe mit Kautsky; er bestritt, daß der letztere keinen Einfluß auf die Partei habe. „Ihr seid“, so sagte Lenin, „der lebendige Beweis dafür, daß er großen Einfluß hat und daß dieser Einfluß ein sehr schlimmer für die Masse ist, weil er eine bürgerliche Tendenz hat. Wir können nicht mit Kautsky zusammen in einer Internationale wirken und wir wünschen kein neues Mitglied in unsere kommunistische Internationale aufzunehmen, das sich auf Kautskys Standpunkt stellt.“

Man darf nun nicht etwa glauben, daß die Unabhängigen diese Forderung Lenins abgelehnt haben oder gar unter Protest den Kongress verließen. Im Gegenteil, Stöder erklärte vielmehr, die „Entscheidung innerhalb der Unabhängigen Partei werde bald getroffen werden“.

Wenn diese Worte Stöders zur Tatsache werden, dann wird die Unabhängige Partei bald gewesen sein. In demselben Augenblick, in dem Kautsky ausgeschlossen wird, werden die Hilferding, Weitzel, Crispian und noch sehr viel andre den Weg zurückfinden müssen zur alten Sozialdemokratie. Der Rest aber, der es liebt, gedanklos radikalen Phrasenhelden nachzulaufen, dürfte ganz ins kommunistische Lager überschwerten, um dann in Gnaden von der dritten Internationale aufgenommen zu werden.

Wir haben uns in die unabhängige Selbstmordpolitik nicht einzumischen, aber wir möchten doch sagen, daß der letzte Meß von Achtung, den diese Leute noch in der Arbeiterbewegung besitzen, dann unwiderruflich zum Teufel wäre. Ist es schon unwürdig, daß Politiker, die Anspruch darauf erheben, ernst genommen zu werden, fortgesetzt Ineffizient um Aufnahme in Moskwa bitten, so wäre es geradezu eine Schande, wenn die deutschen Unabhängigen die ungeschicktesten Radikalen und Kutschritte, die sie aus Moskwa erhielten, mit dem Hinauswurf eines Kautsky aus ihrer Partei beantworten würden. Aber zuzutrauen ist ihnen das schon, diesen zielbewußten Reaktionsären.

Der Bergarbeiter-Kongress.

Der Internationale Bergarbeiter-Kongress wurde in Genf am Montag vormittag 10 1/2 Uhr durch den Präsidenten Smillie (England) eröffnet. In einer Ansprache sagte er, daß die Erwartungen gewisser Presseorgane sich hoffentlich nicht erfüllen werden, daß der Genfer Kongress sich mit nutzlosen gegenseitigen Vorwürfen abgeben werde; vielmehr hoffe er bestimmt, daß er nützliche Arbeit leisten und Wunden heilen werde. Das Ziel der Bergarbeiter-Internationalen müsse die Befreiung der Bergarbeiter vom Kapitalismus sein. Schon auf dem Karlsbader Kongress 1913 habe er behauptet, daß die andauernden internationalen Kämpfe einen Weltkrieg unvermeidlich machten, und die Bergarbeiterchaft aufgefordert, im Falle eines Krieges den Generalkrieg zu proklamieren. Der Internationale Bergarbeiter-

Kongress müsse sich heute nicht nur grundsätzlich gegen jeden Krieg aussprechen, sondern die Verhinderung eines solchen durch die organisierte Arbeiterchaft ins Auge fassen.

Smillie teilte mit, daß er vor dem Ausbruch des Weltkriegs mit dem Sekretär des Internationalen Kongresses eine Aktion unternehmen habe zwecks Herbeiführung eines internationalen Bergarbeiterstreiks, aber diese Aktion sei daran gescheitert, daß die Telegramme ihren Bestimmungsort nicht erreicht hätten.

Dann ergriff Hué das Wort und dankte namens der deutschen Bergarbeiterchaft den britischen Kollegen für die Art und Weise, wie sie während des Krieges die Geschäfte der Bergarbeiterinternationalen geführt hätten.

Der Bericht der französischen Delegation beantragt, daß im Interesse der Allgemeinheit die Produktion nach Möglichkeit gesteigert werden müsse; ferner gleiche tägliche Arbeitszeit für alle Bergarbeiter der ganzen Welt, und zwar 8 Stunden von der Einfahrt bis zur Weiterankunft über Tag, unterbrochen von einer Pause von mindestens 30 Minuten. Für gewisse Arbeiten unter Tage soll die Arbeitszeit in außerordentlichen Fällen auf 6 und sogar auf 4 Stunden vermindert werden.

Der englische Bericht erwartet einen Fortschritt in der Lage der Bergwerke und der Bergarbeiter nur durch Verstaatlichung und Ausschließung der privatkapitalistischen Betriebe. Ferner soll den Bergleuten eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit vom 1. Juli 1921 an gewährt werden unter der Voraussetzung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse dies gestatten.

Die deutschen Bergarbeiter weisen in ihrem Bericht darauf hin, daß die Bergarbeiterinternationalen sich vor dem Krieg mit der Anwendung der Ueberproduktion zu befassen hatte, während heute die Befreiung der Notleidenden auf der Tagesordnung stehe. Die deutschen Bergarbeiter haben für die Unter-Tage-Arbeit die Sechsstundenschicht gefordert.

Depeschen.

„Gerecht und billig“.

M. T. B. Amsterdam, 3. August. Das englische Unterhaus erklärte seine Zustimmung zu der Regierungsvorlage auf Gewährung eines Darlehens von 100 Millionen Goldmark an Deutschland als Anteil Englands an der Anleihe der Alliierten, die in Spa beschlossen wurde, und Deutschland in den Stand setzen soll, die Kohlenlieferungen durchzuführen. Lloyd George sagte, es sei erfreulich, daß von keiner Seite des Hauses eine Kritik an der Kreditgewährung geübt werde. Daran zeigte sich, daß Englands Haltung seinen früheren Feinden gegenüber gerecht und billig sei.

Polen und Rußland.

M. T. B. London, 3. August. Nach einer Meldung der „Times“ sprach sich Wilson dahin aus, daß er zu der Konferenz in London, die wegen des Friedens mit Polen stattfinden soll, Vertreter entsenden werde.

M. T. B. Paris, 3. August. „Echo de Paris“ meldet aus London, Lloyd George habe sich geweiht, die Sowjetrepublik Krassin und Ramenew zu empfangen. Der Waffenstillstand mit Polen müsse abgeschlossen und die Bedingungen dafür in Kraft getreten sein, bevor er mit den beiden Bevollmächtigten der Sowjetrepublik verhandle.

Die Griechen gegen die Türken.

M. T. B. Nikifissa, 1. August. (Meuter.) Die griechischen Truppen besetzen ganz Thrazien bis zur Tschatalchalmie. Jassar Tahir wird nach Athen gebracht.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Qualität...

Wie der Continental-Pneumatik seinen Weltruf durch seine Qualität begründete, genau so werden Continental-Absätze in einer Gummimischung hergestellt, die als die denkbar vollkommene erprobt wurde. Verlangen Sie daher bei Ihrem Schuhmacher

Continental

Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Neue Preise!

Soweit Vorrat Soweit Vorrat

Von Sonnabend den 31. Juli bis Montag den 9. August

Großer Extra-Verkauf

Wir bitten, auch die Vormittagsstunden zum Einkauf zu benutzen. Wir bitten, auch die Vormittagsstunden zum Einkauf zu benutzen.

in fast allen Abteilungen unseres Hauses.

Warenhaus Gebr. Barasch.

